

WAS DIESES HEFT BRINGT

Seite

Troels Fink

Die Wandlungen des Geschichtsbewußtseins
im Bereich der deutsch-dänischen Beziehungen..... 43

R. Stig Hansen

Nationale Kulturarbeit in einem gemeinsamen Europa..... 52

Paul Koopmann

Harboe Kardel: „Fünf Jahrzehnte in Nordschleswig“ 60
Der Weg der deutschen Volksgruppe
und ihr politisches Programm 43

Svend Johannsen

Mein südschleswigsches Testament 54

Kai Detlev Sievers

Interethnische Beziehungen als Gegenstand
sozialwissenschaftlicher Forschung..... 59

Umschau ab Seite 65

R. STIG HANSEN, geb. 31. 10. 1910; Schüler der Katedralskole in Århus; Studium in Kopenhagen; Seminarlehrer und Adjunkt in Kopenhagen 1939—1947; ab August 1947 Adjunkt und ab 1955 Lektor an der Duborg-Skolen in Flensburg; seit 1957 Rektor des Gymnasiums in Kalundborg. — Seit 1962 aktiv in Grænseforeningen; seit 1968 einer der stellvertretenden Vorsitzenden.

Kieler-Woche-Fotos S. 136—138:
Wilhelm Petersen, Flensburg
Fotos: Überreichung Bildband Flensburg
S. 186—187: Hans Hoffmann, Husum

SVEND JOHANNSEN ist einer der führenden Männer des Dänentums in Südschleswig gewesen. Seit 1933 Leiter der Ansgar-Schule in Schleswig und langjähriger Distriktsschulinspektor für das dänische Schulwesen, hat er im Rahmen der dänischen Minderheit viele Ämter inne gehabt, er war u. a. Mitbegründer und erster Chefredakteur der „Südschleswigschen Heimat-Zeitung“, Ratsherr und zeitweilig stellvertretender Bürgermeister in Schleswig und Kreisabgeordneter. Lebt heute im Ruhestand in Westerholz; war in der Zeit des Nationalsozialismus fünfzehn Monate im Konzentrationslager.

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Bezugspreis für V 3339 F 2,— DM, für V 3340 F 1,— DM jährlich. Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Redaktion: Ernst Beier, 239 Flensburg, Waldstraße 40. Geschäftsstelle Husum, Theodor-Storm-Straße 9. Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe, Flensburg.

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

ABSCHIED VON DER GESCHICHTE?

Die Beiträge dieses Heftes lassen, wie bereits die Aufsätze des vorhergehenden, erkennen, daß man im Grenzraum und hier besonders im Bereich der beiden nationalen Gruppen sich in einem Prozeß des Um- und Neudenkens befindet. Die Gedanken Stig Hansens zur dänischen Bereitschaft zur EWG, seine Zustimmung und sein Vorbehalt, machen die Schattierung der Meinungen im dänischen Volk deutlich. Svend Johannsen, der bekannte dänische Grenzpolitiker, behandelt in einem bemerkenswerten „Südschleswigschen Testament“ weniger die überregionalen Fragen, die beide Nationen in der Gegenwart betreffen, sondern schildert aus seiner sehr persönlichen Sicht, worauf es ankommt, wenn man dänisch sein und bleiben will. Dabei spart er nicht mit Kritik. Ähnlich ergreift Dr. Paul Koopmann als namhafter Vertreter der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig das Wort; auch hier ist von dem Willen zum Neudenken etwas zu spüren. Wir bringen gleichzeitig die Besprechung eines Buches von Harboe Kardel aus der Feder von Koopmann und möchten aus unserer Sicht hinzufügen, daß Kardel leider die Gelegenheit eines Wortes zur Bewältigung der mit dem dänischen Nachbarn gemeinsamen Vergangenheit der bösen Zeit von 1933 bis 1945 vorübergehen ließ. Überregional ist der Beitrag von Siervers deswegen interessant, weil sich thematisch von ihm zum Leben der Volksgruppen eine Verbindung ziehen läßt. Eine umfassende, aus dem Erlebnis der Grenzregion und aus der Sicht des Historikers formulierte Deutung zur Zeit in unserem Raum gibt Troels Fink. Sie ist nicht, wie eine deutsche Zeitung des Grenzraumes meinte, die Formulierung auch von anderer Seite ausgesprochener Gedanken, sie dürfte als neue Stimme des Grenzraumes zu den Problemen in unserer Zeit bezeichnet werden.

Und wie stellt sich dieses Problem? Wenn nicht alle Zeichen trügen, dann befinden sich die nationalen Volksgruppen in unseren beiden Staaten auf dem Wege von der Rolle, ein politischer Faktor zu sein, zu der Rolle, eine kulturpolitisch unverwechselbar geprägte Gruppe zu sein. Dieser Weg bedeutet Abschied von Vorstellungen, die manchem vertraut und lieb waren, er beinhaltet aber auch reiche Möglichkeiten individueller und gemeinsamer Lebensentfaltung. Dieser Lebensentfaltung gibt auch das Informations- und Kulturprogramm der „Flensburger Tage 1971“, denen wir die „Neuen Schleswigschen Literaturbriefe“ zur Verfügung stellten, Ausdruck.

Die Wandlungen des Geschichtsbewußtseins im Bereich der deutsch-dänischen Beziehungen

Wie bereits im Grenzfriedensheft 2/71 angekündigt, bringen wir nachstehend in leicht gekürzter Form die Rede, die Generalkonsul Professor Troels Fink während der diesjährigen Kieler Woche — am 21. Juni — aus Anlaß der Verleihung des Kulturpreises der Stadt Kiel an ihn, „der das offene Gespräch mit dem Nachbarn immer gesucht“, gehalten hat.

Die Red.

Im vergangenen Jahr veranstaltete man auf dem Gebiet des alten Herzogtums Schleswig sowohl nördlich als auch südlich der deutsch-dänischen Grenze viele Feiern zum Gedenken an die Volksabstimmungen des Jahres 1920. Am 11. Juli 1970 kulminierten dänischerseits die Gedächtnisfeiern mit einem großen Volksfest auf der Düppeler Höhe. Einer der Redner war bei dieser Gelegenheit der in Dänemark sehr bekannte junge Schriftsteller Peter Seeberg, selbst ein Nordschleswiger. Er hob in seiner Ansprache zunächst hervor, welche große Bedeutung die Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark im Jahre 1920 für seine Großeltern und Eltern gehabt hat; seine eigenen Gefühle faßte er aber in den Worten zusammen:

„Wir sind gekommen, um Abschied von der Geschichte zu nehmen.“

Ich habe ihn so verstanden, daß er damit sagen wollte, daß die Eingliederung Nordschleswigs in das Königreich Dänemark jetzt soweit vollzogen ist und die Gegensätze an der Grenze soweit abgebaut sind, daß das deutsch-dänische Grenzgebiet nicht mehr im alten Sinne geschichtsträchtig ist. Die Zeiten der dramatischen Auseinandersetzungen mit Kriegen, Volksabstimmungen und Besatzungen sind vorbei; es ist Alltag geworden. Aus einer mehr allgemeinen Sicht hat Peter Seeberg dann hinzugefügt: „Es ist schon zu viel geschehen, wir wünschen keine Geschichte mehr. Wir bitten um Zeit, nachzudenken, zu verändern und zu bereuen“, und die Schlußworte lauteten: „Möchten unsere Tage sich fortsetzen, Sommer und Winter ereignislos und still verunruhigt in unseren Häusern, der Selbstbescheidung der Zeit preisgegeben.“

Stärker kann wohl die Krise im heutigen Geschichtsbewußtsein kaum ausgedrückt werden. Mit Peter Seebergs Worten über „Die Selbstbescheidung der Zeit“ ist es nicht leicht, fertigzuwerden. Denn wenn die Gegenwart genügt, dann gibt es kein Danach, und wenn es kein Danach gibt, dann weiß man nicht, welche Fragen man

an die Vergangenheit richten soll. Ohne gewisse Vorstellungen von einer erstrebenswerten Zukunft auf der einen Seite und einem Verständnis für die Gegenwart auf der anderen kann ein Geschichtsbewußtsein nicht bestehen. Denn aus einer Kombination von Gegenwartserfahrung und erhofften Zielrichtungen werden die an die Vergangenheit zu richtenden Fragen hergeleitet. Die Originalität des Historikers und die Fruchtbarkeit seiner Ergebnisse beruhen auf der Weitsicht und dem Allgemeininteresse seiner Fragestellung. Wenn uns aber die Gegenwart genügt, dann haben wir weder Zukunft noch Vergangenheit, und dann ist es um das geschichtliche Bewußtsein geschehen. Ob wir vor einer Zeit der Geschichtslosigkeit stehen oder nicht, ist schwer festzustellen. Viele empfinden die Gegenwart als genügend. Man darf daran zweifeln, daß diese Tendenz sich durchsetzen kann. Es besteht aber Veranlassung genug, sich mit dem Problem zu beschäftigen.

Geschichtsbewußtsein ist ein vieldeutiges Wort, es wird hier verstanden als allgemeingeschichtliche Vorstellungen von der Vergangenheit, die vorwiegend durch die Schule — und nicht zuletzt durch die höhere Schule — an eine breitere Allgemeinheit weitergegeben werden und die ihre politischen Vorstellungen beeinflussen. Letzten Endes ist das geschichtliche Bewußtsein eine politische Größe. In den Fällen, in denen es sich mit politischen Visionen verbindet, entsteht eine starke politische Kraft. Das geschichtliche Bewußtsein wird immer irgendwie durch die Zukunftserwartungen beeinflußt. Es zeigt sich z. B. in den Lehrplänen, die immer wieder revidiert werden. Letzten Endes stecken aber hinter den Lehrplänen politische Bildungsziele; ich darf hier Professor Karl Erdmann zitieren, der den Wunsch ausgesprochen hat, daß die Absolventen der höheren Schulen „ein illusionsloses, nüchternes, positives Verhältnis zu unserem Parteienstaat als der heute gegebenen Form, in der unter den Bedingungen der Industriegesellschaft Freiheit möglich ist“, gewinnen möchten.

Ein positives Verhältnis zu diesem Staat haben heißt, diesen auf den gegebenen Grundlagen weiterzuentwickeln, und insofern ist auch die geschichtliche Gegenwartskunde auf die Zukunft ausgerichtet. Wir wissen aber nicht, ob dieser Wunsch nach einer organischen Weiterentwicklung der jetzigen Gesellschaft sich erfüllen wird oder ob wir vor einem radikalen Bruch stehen, der dann als Folge ein ganz anderes Geschichtsbewußtsein bringen wird, wenn überhaupt ein solches übrigbleibt. Diese Unsicherheit vorweggenommen, dürfen wir aber in einer Gesellschaft immer den Glauben aufrechterhalten, daß Menschen leben werden, die das Bedürfnis haben, sich über ihre eigene Situation innerhalb größerer und kleinerer Gemeinschaften klarzuwerden. Man kann dies auch so ausdrücken, daß Einzelpersonen in Gruppen, die nach der Identität der Gruppe fragen, sich notwendigerweise mit den geschichtlichen Voraussetzungen und Bedingungen

beschäftigen müssen. Das Wort Gruppe kann sich hier sowohl auf Nationen als auch auf Bevölkerungen von Landschaften oder lokale Einheiten beziehen. Diese Identitätsfrage kann politisiert werden, z. B. wenn einzelne Nationen die Aufrechterhaltung ihrer Identität als eine wesentliche Aufgabe empfinden und auch in einem größeren Rahmen ihre Eigenständigkeit entwickeln wollen. Die Idee von dem Europa der Vaterländer ist ein Beispiel dafür; das Bedürfnis jedoch, sich selbst in seinem geschichtlichen und örtlichen Zusammenhang zu verstehen, kann auch als ein individuelles Anliegen empfunden werden — und nicht zuletzt von den Erwachsenen. Wir sind aber weit davon entfernt, daß alle Erwachsenen dieses Bedürfnis verspüren. Es ist nicht in erster Linie Sache der Schule, sondern der Erwachsenenbildung, diesem Bedürfnis entgegenzukommen.

Wie es auch mit dem Geschichtsbewußtsein im allgemeinen geht, wird diese Funktion der Geschichte sich halten, und unter diesem Gesichtspunkt lohnt es sich, die deutsch-dänischen Beziehungen näher zu betrachten. Sie sind durch eine langsam sich anbahnende Entschärfung der Gegensätze gekennzeichnet. Die Konflikte und Auseinandersetzungen früherer Zeiten entfachen nicht wie noch vor wenigen Jahren die Leidenschaften. Auch aus heutiger Sicht üben nämlich Gegenwartsbeobachtungen und Zukunftsvorstellungen Einfluß auf die Richtung des geschichtlichen Interesses.

Versuchen wir eine aktuelle Prognose in bezug auf die deutsch-dänischen Beziehungen aufzustellen, so empfindet man in Dänemark den großen Unterschied im Verhältnis zu der Zeit bis 1945, als Dänemark Deutschland allein oder isoliert und in Angst gegenüberstand, darin, daß jetzt ein Zusammenleben innerhalb größerer Einheiten oder Gemeinschaften vorausgesetzt wird, z. B. in der EWG oder in den Vereinten Nationen oder in der NATO oder im Europarat. Der Eintritt Dänemarks in die EWG ist wahrscheinlich nahe bevorstehend, und über die Aufnahme der Deutschen in die UNO wird jedenfalls diskutiert. Innerhalb der NATO ist die Zusammenarbeit schon eine Tatsache und im Europarat auch. Die deutsch-dänische Nachbarschaft wird sich nur in solchem größeren Rahmen entwickeln, wo alle teilnehmenden Staaten im Prinzip gleich sind, obwohl wir sehr wohl wissen, daß einige Staaten mehr gleich sind als andere.

Eine erweiterte internationale Zusammenarbeit wird allgemein erwartet und von Politikern und Experten vorbereitet. Sie wird wahrscheinlich auch realisiert; eigentümlich ist es aber, daß sie bei der talentierten Jugend keine besondere Begeisterung auslöst. Leider ist es sehr schwierig, eine Vorstellung davon zu erhalten, wie sich die Jugend die Zukunft zu gestalten wünscht. Hier zeigt sich ein wesentlicher Unterschied, wenn wir unsere Zeit mit der Zeit vor hundert oder hundertfünfzig Jahren vergleichen. Damals hat die talentierte, begeisterte Jugend die neuen liberalen und nationalen Ideen vorangetragen. Sie war bereit, für ihre Ideen ins Gefängnis zu gehen und auch zu den Waffen zu greifen; für sie war die

Unabhängigkeit der Nation das große Ziel. Die Erweiterung der europäischen Gemeinschaften ist eher ein Anliegen für diejenigen, die ihre entscheidende Lebenserfahrung durch die beiden Weltkriege erhalten haben, und diejenigen, die durch die große Gefahr der atomaren Waffen tief beeindruckt sind. Sie suchen nach Wegen, die es ermöglichen, daß Nationen friedlich nebeneinander leben können. Für sie kann die Gegenwart nicht genügen. Sie sehen eine Zukunftsaufgabe vor sich, und für sie ist es naheliegend, zwei Fragen an die Geschichte zu richten. Die eine bezieht sich auf die furchtbaren Ereignisse in der bösen Zeit von 1933 bis 1943, und sie lautet ganz einfach: Wie war das möglich? Die andere heißt: Wie haben nationale Einheiten innerhalb größerer Gemeinschaften, auf gut und böse, früher miteinander zusammengelebt. Die erste Frage hat das besondere Interesse der Historiker gefunden. Man kann aber auch auf eine Reihe von Beispielen hinweisen, die zeigen, daß Historiker sich für die vernationalen Zeit interessieren und unter neuen Gesichtspunkten für die darauf folgende nationalstaatliche Entwicklung. Um nur ein einziges Beispiel zu nennen: Die Verhältnisse in der alten österreich-ungarischen Monarchie sind Gegenstand vieler Untersuchungen gewesen, und in ähnlicher Weise kann man ein Interesse für den alten dänisch-norwegisch-schleswig-holsteinischen Gesamtstaat feststellen. Hier begegnet sich ein aktuelles Interesse für das Leben in einem Vielvölkerstaat mit dem Bedürfnis eines Selbstverständnisses bei den verschiedenen nationalen Einheiten, worin dieser Staat zerfallen ist. Das geschichtliche Erbe des Gesamtstaates ist wohl vorwiegend von den Dänen übernommen worden; im Lande Schleswig-Holstein bemerkt man aber sowohl auf literarischem wie auf historischem Gebiet, wie man sich mit den goldenen Tagen am Øresund beschäftigt; ich denke an die Zeit, als Klopstock in Kopenhagen wohnte, als die Reventlows, die Bernstorffs und die Schimmelmans Mäzene sowohl für deutsche als auch für dänische Schriftsteller waren, als die deutsche Romantik Inspiration für die dänische bedeutete und die altnordische Geisteswelt den Deutschen bekannt wurde.

Nur in einer kurzen Periode von ungefähr einem Menschenalter Ende des 18. Jahrhunderts war das Zusammenleben zwischen Dänen, Norwegern und Deutschen ungetrübt, weil die Deutschen auf dem kulturellen Gebiet und in der Beamtschaft ein großes Übergewicht gewonnen hatten und weil in politischer Hinsicht Dänemark mit Kopenhagen als Hauptstadt das politische Kraftzentrum bildete, während Norwegen sich vernachlässigt fühlte. Die Blüteperiode des Gesamtstaates Ende des 18. Jahrhunderts ist in das deutsche oder besser das schleswig-holsteinische Geschichtsbewußtsein als ein goldenes Zeitalter eingegangen. Für die Dänen zeichnet sich diese Zeit in einem doppelten Licht. Man versteht und würdigt die Inspiration, die von den deutschen Kulturträgern ausging, man hat aber auch das Übergewicht der deutschen Kultur als eine

Herausforderung empfunden. Die nationaldänische Literatur ist nicht nur durch die deutsche inspiriert; es gab auch eine Auseinandersetzung mit dem deutschen Kultureinfluß. Sie bildet an und für sich einen parallelen Vorgang zur Verselbständigung der deutschen Literatur in der Begegnung mit der französischen Kultur. Und später, im 19. und 20. Jahrhundert, hat das norwegische National- und Kulturbewußtsein sich in der Auseinandersetzung mit der dänischen Kultur entwickelt. Das Ergebnis dieser Verselbständigungen ist auf lange Sicht positiv zu bewerten.

Durch den Krieg gegen England von 1807 bis 1814 wurde die Auflösung des Gesamtstaates eingeleitet. Die ist von allen Teilhabern als notwendig erkannt worden, obwohl die Entwicklung von den Dänen als besonders schmerzlich empfunden wurde. Die erste Krise des Gesamtstaates im Jahre 1814 war aber zugleich die Geburtsstunde des freien Norwegens. Das norwegische Volk hat danach alle seine Kräfte darauf konzentriert, seine Eigenstaatlichkeit zu entwickeln, und in dem norwegischen Geschichtsbewußtsein ist das 400jährige Zusammenleben mit Dänemark der dunkle Hintergrund für die 1814 anbrechende glückliche Zeit der Selbständigkeit. In Norwegen kennt man nicht die nostalgischen Gefühle, mit denen man im Lande Schleswig-Holstein und gewissermaßen auch in Dänemark die Blütezeit des Gesamtstaates umfaßt. Die zweite große Krise des Reststaates erstreckte sich über fünfundzwanzig Jahre: von ungefähr 1840 bis 1864, als die Dänen und die Schleswig-Holsteiner sich bekämpften. Der Krieg des Jahres 1864 setzte dann endgültig dem Gesamtstaat ein Ende. Für die Dänen war das Ergebnis des Krieges eine Katastrophe — nicht so sehr, weil der Gesamtstaat zerfiel, sondern weil aus den Trümmern nicht unmittelbar ein dänischer Nationalstaat hervorging; es dauerte bis 1920, bevor die Dänen ihre nationalen Wünsche erfüllt sahen. Das Verhältnis zu Deutschland blieb aber belastet, und die Besetzung Dänemarks im Jahre 1940 bedeutete einen Tiefstand in den Beziehungen. Rückblickend bezeichnet aber das Jahr 1945 eine entscheidende Wende, und besonders die Entspannung in den letzten Jahren hat es ermöglicht, die Gegensätze im größeren Zusammenhang zu betrachten. An und für sich ist dies auch eine politische Betrachtungsweise, ebenso wie man im vorigen Jahrhundert in einem politisch bestimmten Geschichtsbewußtsein gelebt hat. Die geschichtliche Forschungsarbeit der Gelehrten hat aber damals eine weit größere Bedeutung gehabt. In den Werken der Historiker fanden die Bürger die geschichtliche Begründung für ihre zukunftsbezogenen nationalen Forderungen und dadurch das Gefühl einer wissenschaftlichen Untermauerung ihrer nationalen Rechte. Wir kennen aus dem Bereich der deutsch-dänischen Geschichte viele Beispiele dafür. Um es ganz kurz zu fassen: Die Schleswig-Holsteiner entdeckten durch die geschichtliche und staatsrechtliche Forschung den Satz aus dem

Vertrag von Ripen des Jahres 1460: „dat se bliven up ewig tosamende ungedelt“, und der Satz wurde die Begründung ihrer politischen Ansprüche.

Die Dänen verwiesen ihrerseits auf die Inschrift über dem Tor zur Festung Rendsburg, wo es hieß: „Eidora terminus imperii romani“ i. e.: „Die Eider Grenze des römischen Reiches“. Dadurch wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Heilige römische Reich deutscher Nation seine Nordgrenze an der Eider hatte, und nördlich der Eider fing das dänische Reich an. Diese Inschrift unterstrich die Tatsache, daß das Herzogtum Schleswig nie ein Teil des alten Heiligen römischen Reiches deutscher Nation gewesen war und auch nicht ein Teil des Deutschen Bundes des Jahres 1815.

Wenn man die beiden Schlagwörter näher betrachtet, sind sie aber nur scheinbar Ergebnisse wissenschaftlicher Geschichtsforschung oder einer historischen Betrachtung; in Wirklichkeit sind sie programmatische Formulierungen der Zukunftshoffnungen der Schleswig-Holsteiner und beziehungsweise der Dänen. Sie wurden aber als feste Bestandteile der Geschichte aufgefaßt, und Geschichte und Zukunftserwartungen ergänzten sich somit; sie waren aber wie die Ziele unvereinbar. Das hohe Ansehen der Wissenschaft hat dazu beigetragen, den Forschungsergebnissen und der politischen Auffassung Autorität zu verleihen. Man braucht nur auf Namen wie Dahlmann, Waitz, Droysen und Mommsen zu verweisen. Auf beiden Seiten war man davon überzeugt, im Recht zu sein und für sein Recht zu kämpfen.

Nach dem Krieg von 1864 ließ auf deutscher Seite das geschichtliche Interesse für die deutsch-dänische Problematik allmählich nach. Auf dänischer Seite war es aber eher umgekehrt. Die Katastrophe des Jahres 1864 hat die Historiker zu nüchterner und illusionsloser neuer Forschungsarbeit angeregt, die man als eine Bewältigung der Vergangenheit aufgefaßt hat, und zwar in Übereinstimmung mit den Gesichtspunkten des sogenannten Historismus. Der Historismus bedeutet im allgemeinen eine Relativierung der Begriffe; wo man früher vom eigenen Recht fest überzeugt war, erkannte man, daß es keine absoluten Kriterien gibt, nach denen man über Recht oder Unrecht entscheiden kann. Die Personen und Situationen müssen von ihren eigenen Voraussetzungen aus gesehen und beurteilt werden; es kommt nicht darauf an festzustellen, wer Recht hat, sondern die wissenschaftliche Arbeit besteht eher darin, die Verschiedenheiten zu verstehen. In den 1880er und 1890er Jahren des vorigen Jahrhunderts traten diese Gesichtspunkte in der dänischen Geschichtsforschung ganz besonders in bezug auf das Verhältnis zu Deutschland hervor. Der bekannteste Historiker, der diese Neuorientierung vertrat, war der damalige Reichsarchivar A. D. Jørgensen. Er hatte den Mut, das relative Recht des Gegners anzuerkennen; es bedurfte nämlich eines nicht geringen moralischen Mutes, gegen die alten Vorstellungen,

wonach der Gegner nur das Unrecht vertrat, aufzutreten. Die Relativierung der Begriffe bedeutete eine Aufräumung in der Wildnis der historisch-staatsrechtlichen Argumente, die vor 1864 die wissenschaftliche Diskussion bestimmt hatte. In unserem Zusammenhang ist es aber wesentlich, darauf hinzuweisen, daß die geschichtliche Arbeit A. D. Jørgensens nicht nur in einer Bewältigung der Vergangenheit bestand, sie wurde auch von einer Vision getragen, d. h. daß auch zukunftsbezogene Gesichtspunkte ihn beeinflussten; diese Vorstellungen waren aber eigentlich völlig ahistorisch. Er vertrat in der aktuellen Situation Ende des 19. Jahrhunderts das Nationalitätsprinzip, die Idee, wonach die Gesinnung der Bevölkerung dafür entscheidend sein sollte, wo die Grenze zwischen Deutschland und Dänemark zu ziehen sei. Nicht Geschichte und Staatsrecht, sondern die vorhandenen nationalen Gegebenheiten sollten für die Staatsgrenze grundlegend sein. Wenn aber ein klarer Trennungsstrich zwischen Dänen und Deutschen gezogen war, dann war auch nach den Gedanken von A. D. Jørgensen die Voraussetzung für die Förderung einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen den beiden Nationen gegeben, und er verhielt sich sehr positiv zu kommenden gemeinsamen Forschungsaufgaben, er bekannte in seinen Schriften immer wieder seine Sympathie für das deutsche Geistesleben.

Dieser Wunsch nach Anerkennung der nationalen Gegebenheiten im alten Herzogtum Schleswig fand damals fast nur allein auf dänischer Seite Zustimmung; denn als die Grenze an der Königsau verlief, wurden auf deutscher Seite starke Kräfte darauf verwendet, die vorhandenen nationalen Gegebenheiten im deutschen Interesse zu verschieben. Und die Gegenwartssorge A. D. Jørgensens war das harte Schicksal, daß dadurch seine Landsleute in Nordschleswig traf. In einem Brief an einen norwegischen Kollegen schrieb er im Jahre 1883: „In allen anderen Verhältnissen habe ich mich bis jetzt glücklich gefühlt, nur das schwere Los, das auf meinen Landsleuten lastet, ist für mich eine unheilbare Wunde; ich habe die Aufgabe, die Geschichte des Herzogtums Schleswig zu schreiben, als ein unausweichliches Schicksal aufgenommen oder besser als ein liebe Pflicht.“

A. D. Jørgensens Tätigkeit ist ein gutes Beispiel dafür, wie Gegenwartseindrücke und Zukunftshoffnungen die geschichtliche Fragestellung und Urteilsgrundlage bestimmen. Er hat auf die Vorstellungen in der dänischen Öffentlichkeit entscheidenden Einfluß ausgeübt, was sich bei der Regelung der Grenzfrage im Jahre 1920 erwies. Seine Visionen sind jetzt weitgehend verwirklicht worden, jedoch mit einer tragischen Verspätung durch die Ereignisse während der nationalsozialistischen Epoche.

Für Dänemark war das Verhältnis zu Deutschland *das Problem*, für Deutschland war das Verhältnis zu Dänemark eines unter vielen anderen, und die meisten anderen waren schwerwiegender als das deutsch-dänische.

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen war die deutsche Geschichtsschreibung, soweit sie sich mit den deutsch-dänischen Verhältnissen befaßte, durch die Bitterkeit des Grenzkampfes 1918—1920 bestimmt. Zwar beschäftigte sich auch eine Reihe von Forschern mit den goldenen Tagen von Kopenhagen, aber in einseitig deutscher Weise. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, hat man sich erst nach dem zweiten Weltkrieg deutscherseits ernstlich um eine Bereinigung des Verhältnisses im Bereich der deutsch-dänischen Geschichte bemüht. Es ist das Verdienst von Alexander Scharff und seinen Schülern, daß sie diese Aufgabe im Lichte des Historismus gesehen und auch das relative Recht des ehemaligen Gegners erkannt haben. Die geschichtswissenschaftlichen Diskussionen vollziehen sich jetzt in einer entspannten Atmosphäre.

Jetzt stellt sich die Frage: Kann diese Geschichte auch Werte für die gegenwärtige Generation bringen, die auf Verständigung hinarbeitet. Solange ein Interesse für die Verständigung besteht, muß man sich auch mit den geschichtlichen Auseinandersetzungen beschäftigen. Sonst schwebt die Verständigung im luftleeren Raum. Wir wollen uns verstehen als das, was wir sind. Die Alternative wäre die völlige Gleichgültigkeit. So sehen es jedenfalls die Älteren, ob die jüngere Generation hier eine Aufgabe sieht, ist wohl zweifelhaft. Wenn man aber die Überzeugung hegt, daß die kulturelle Mannigfaltigkeit den Reichtum von Europa und der Welt überhaupt ausmacht, dann ist es eine aktuelle Aufgabe, dabei mitzuwirken, diese Mannigfaltigkeit lebendig zu erhalten und fruchtbar zu gestalten. Dann kann man sich aber nicht mit der Gegenwart begnügen; tut man das oder empfindet man sich „der Selbstbescheidung der Zeit preisgegeben“, hat diese Aufgabe verständlicher Weise keinen Reiz. Für diejenigen aber, die das Bedürfnis spüren, auf geschichtlicher Grundlage zu einem Selbstverständnis zu kommen, stellt sich — wenn unsere Prognose richtig ist — die Frage: Wie können die Nationen ihre Identität bewahren und entwickeln und gleichzeitig an der internationalen Zusammenarbeit teilnehmen? Und wenn diese Betrachtungsweise auch keinen besonderen Widerhall bei der heutigen Jugend findet, dann müssen sich eben die Älteren um diese Aufgabe kümmern. Im Bereich der geschichtlichen deutschdänischen Beziehungen kann man in dem Bestreben, nationale Identität mit internationaler Zusammenarbeit zu verbinden, aus reichen Quellen schöpfen. Und sollte es unter diesem Gesichtspunkt gelingen, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu vereinen, dürfen wir vielleicht hoffen, das eines Tages wieder eine Jugend das Bedürfnis verspürt, der Geschichte die Hand zu reichen und ihr guten Tag zu sagen.

In diesem Jahr fand zum 89. Male die Kieler Woche statt. Der Tradition nach vor allem ein bedeutendes segelsportliches Ereignis, bemüht man sich heute mit mehr oder weniger Erfolg darum, der Kieler Woche auch einen politischen und kulturellen Akzent zu geben, wobei der Begegnung mit den Gästen aus Skandinavien eine besondere Bedeutung zukommt. Gäste aus dreißig Nationen nahmen in diesem Jahr an der Kieler Woche teil, darunter der Bundespräsident und eine große Anzahl der in Bonn akkreditierten ausländischen Diplomaten. — Der aus Anlaß der Kieler Woche zur Verteilung kommende Kulturpreis der Stadt Kiel wurde in diesem Jahr dem dänischen Generalkonsul Troels Fink, Flensburg, für seine Verdienste um das deutsch-dänische Verständnis in einer Feierstunde im Kieler Rathaus überreicht.

Nationale Kulturarbeit in einem gemeinsamen Europa

„Die Nationalitäten in einem zukünftigen Europa“ war das Thema einer einwöchigen Tagung in der Nordisk Folkehøjskole Snoghøj bei Fredericia (siehe Bericht in der Umschau). Nachstehend bringen wir in gekürzter Form den Vortrag des Zweiten Vorsitzenden von Grænseforeningen, R. Stig Hansen, über „Nationale Kulturarbeit in einem gemeinsamen Europa“ — gesehen mit den Augen eines führenden dänischen Grenzpolitikers.

Wenn wir uns in die Renaissance, die Zeit der Wiedergeburt Europas oder doch Westeuropas, zurückversetzen, so können wir uns die Situation in einem Bilde vergegenwärtigen.

Stellen wir uns die Kultur im Herbst des Mittelalters einmal in dem Bilde einer durch die Zeit gealterten, düsteren, verschlossenen und engen Burg hoch auf dem Berge oder tief im Walde vor. Das Verhältnis zur Umwelt ist von Feindschaft und Abwehr geprägt, in den Mauern der Burg herrschen Enge, Langeweile und die Lebens- und Gesellschaftsanschauung des Spätmittelalters, die geprägt ist durch die Papstkirche und die durch Lehns- und Zunftwesen geteilte Klassengesellschaft. Innerhalb der Burgmauern steht die Zeit still.

Stellen wir uns vor, das siebzehnjährige Burgfräulein, die liebliche Vertreterin des menschlichen Geistes, der Forschung, des Weitblicks, steigt Tag für Tag auf den Burgfried, um zu schauen, ob sich nichts Neues zeigt. Das geschieht selten. Aber eines Tages bläst plötzlich der Türmer sein Horn, unbekannte Gestalten haben sich am Horizont gezeigt, und das bedeutet Gefahr. Sie kommen näher und schreiten zur Tat. Für das Burgfräulein tut sich das Wunder neuer Erlebnisse und Anblicke auf. Sie sieht im Geist neue, ferne Kontinente: Amerika, Asien und Afrika, sie sieht neue, unbekannte Seewege nach Indien und um die Erde, die nicht mehr flach ist. Sie bekommt neue Ausblicke in den Weltraum, auf die Gebirge des Mondes, auf die vier Monde des Jupiter; bald wird das alte, geozentrische Weltbild — im Mittelpunkt die Erde, überwölbt von den sieben Himmeln, an denen die Sonne, der Mond und alle Sterne befestigt sind — Zusammenstürzen und abgelöst werden von dem Weltbild des Kopernikus, Brunos und Galiläis, welches die Erde auf einen mikroskopisch kleinen Planeten in einem unendlichen Raum reduziert, dazu verdammt, um die Sonne zu kreisen. Zugleich wird die Alleinherrschaft der mittelalterlichen Kirche über Menschenherzen und Menschenleben zusammenbrechen, die sich gründete auf der Idee, daß der Papst Gottes

Stellvertreter auf Erden und die Erde der Mittelpunkt der Welt und der Ort der Geburt des Gottessohns sei. Auf einmal ist Gott heimatlos geworden, denn wenn er nicht auf der Erde der Menschen, dem Mittelpunkt der Welt, wohnt, wo ist er dann? Im kalten, toten, unendlichen Weltraum oder im Menschen selbst? Dies ist neu und gefährlich. Der Mensch nach dem Bilde Gottes beginnt, die Macht von Gott zu nehmen, die humanistische und atheistische Lebensanschauung beginnt Gestalt anzunehmen, die Verweltlichung, Säkularisierung hat begonnen, und der Mensch hat angefangen, sich zu befreien und sich die Erde untertan zu machen. Zu den neuen Entdeckungen kommen neue Erfindungen, insbesondere das Fernrohr und die Buchdruckerkunst, und das setzte sich fort. Und all das nahm seinen Ausgang von Europa, und das junge Europa schaute mit erstaunten Augen zu. Das ist das Fundament des modernen Europa.

Die nationale Tradition, die biblische Geschichte und die griechisch-römische Antike bildeten für die Menschen der mittelalterlichen Burg die unbewußte Grundlage all ihres Wissens, all ihrer Träume und ihres Glaubens. Ihr eigenes Land (oder Landesteil) bildete zusammen mit den Städten Jerusalem, Athen und Rom die Mauern, innerhalb derer sie ihr Leben aufbauten. Das waren die Mauern um ihre Burg, um ihre Stadt und die äußersten Mauern um ihre kühnsten Sehnsüchte. Ab und zu zogen sie aus, in ihren Wikingerschiffen ganz bis nach Miklagaard, auf Kreuzzügen bis ins Heilige Land, aber erst zur Zeit der Renaissance durchbrachen sie die Mauern, die die äußersten gewesen waren, die ihre Vorfahren Jahrhunderte hindurch gekannt hatten. Und erst während der Renaissance schlossen sie selbst alle Tore auf. Ganz Europa wurde verändert. Doch tief im Herzen lebten immer noch bei jedem Europäer als Grundpfeiler die Geschichte des Vaterlandes, die biblische Geschichte und das Bild der klassischen Vergangenheit.

Man lieferte sich weiterhin Schlachten, und Millionen von Europäern wurden auf den Schlachtfeldern unserer Alten Welt getötet: im Dreißigjährigen Krieg, in den Privatkriegen der Staaten und Dynastien um Thronfolge und reiche Provinzen, im Napoleonischen Krieg und in den beiden Weltkriegen dieses Jahrhunderts, den schlimmsten von allen. Man plünderte die neuen Kontinente, reduzierte sie zu Kolonien und machte die Eingeborenen zu Dienern und Kulis, ja zu Sklaven. Man schimpfte und diskutierte, aber man handelte auch miteinander, und die Handelswege verlagerten sich, weg von den Mittelmeerstraßen, die von der Levante über Genua und Venedig, über die Alpen und die Flüsse Mitteleuropas und die Perlenkette der Hansestädte von Brügge bis Riga verliefen, auf die neuen Wege über den Ozean, die in London, Rotterdam und Hamburg endeten. Man beeinflusste einander und lernte voneinander.

Aber nicht nur Handel und Alltag, auch Religion, Politik und Kultur haben seit den Tagen der Renaissance ihre Fäden von Land zu Land über ganz Europa gezogen.

Als gemeinsames Erbe hatte man schon von Athen die Staatsform, die schon früher Demokratie genannt und seither fleißig ausgebaut wurde. Man hatte auch das Theater und Homer, man hatte die Olympischen Spiele — lange Zeit, ohne an die menschenverbindende und völkervereinende Rolle zu denken, die die modernen Olympischen Spiele und der gesamte moderne Sport seither gespielt haben. Von Rom hatte man den Imperiumsgedanken und das römische Recht. Von Jerusalem hatte man das Judentum und das Christentum, und darauf baute man die katholische Kirche und dann die Kirche Luthers und Calvins und die anglikanische Kirche usw. auf. Der Einfluß der Kirche ist im Laufe der Zeit enorm gewesen, nicht nur in religiöser Beziehung, sondern auch in philosophischer, künstlerischer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Aber tief verankert in Christi Lehre ist auch die Lehre vom Nächsten, vom Mitmenschen und jede humanistische Lebensanschauung. Unsere gesamte moderne Sozialgesetzgebung und zu einem gewissen Grad unsere Entwicklungshilfe haben hier ihre Grundlage.

Aus sich selbst hatte man die heimische, die nationale Tradition, die vaterländische Geschichte, die Natur, die Sitten und Gebräuche des Volkes, die Gesellschaftsformen und das gemeinsame Erbe tiefer und starker Erinnerungen. Am besten kommen diese Dinge zum Ausdruck in der zeitlosen Nationalliteratur — das sind bei uns die liebsten Gesänge und Lieder, Holberg, H. C. Andersen und einige Prosawerke von Blicher bis Martin A. Hansen —, dann in der Gebrauchs- und Wohnkultur, in der Malerei und Musik, aber auch hier außerhalb der zu starken Einschläge irgendeines „ismus“. Nur das Verwurzelte und Lebensnahe hat auf diesen Gebieten Inspirationskraft und Wert. Die „ismen“ und das, wofür sie stehen, sind ja in der Regel im neueren europäischen Kulturmuster das, was mehr oder weniger gemeinsam ist.

War das Kulturmuster bisher durch ruhige Flächen gekennzeichnet, so wird es jetzt unruhiger, nuancierter. Die Fäden weben sich lebhaft und farbig von Land zu Land wie bunte Facetten auf den ruhigen Flächen, die das Kulturerbe der einzelnen Länder ausmachen. Was haben die Länder Europas nicht alles geteilt seit den Tagen der Renaissance!

Das westeuropäische Kulturmuster — Osteuropa ist heute abgetrennt, nicht durch das alte Schisma zwischen Rom und Byzanz, sondern durch den Eisernen Vorhang und Comecon — zeigt viele Facetten und viele Farben. Das Bild ist bunt und nuanciert. Zum Glück! Es kann aber kein Zweifel darüber bestehen, daß das Muster trotz der Eigenart der einzelnen Länder eine Ganzheit bildet, mit klaren Verbindungslinien, mit gleichmäßig verteiltem Licht und Schatten und mit einem inneren Zusammenhang, der sich jedem aufdrängt und jeden überzeugt, der nicht geradezu ablehnt, ihn zu sehen.

Andererseits muß aber deutlich sein, daß dieses Bild nicht von einem einzelnen Künstler oder einem Team entworfen und geschaffen ist. Es ist in ausgeprägter Weise natürlich gewachsen, hervorgegangen aus sich selbst. Es ist keineswegs ein Kunstwerk, stellenweise ist es geradezu unschön, es gibt da häßliche Flecken und entstellende Narben. Wie sich das Bild dem Betrachter darstellt, ist es das Produkt eines Wachstums, das wohl stark und fruchtbar war, aber auch von schädlichen Kräften gehemmt wurde.

Pflanzt man eine Kastanie in fruchtbaren Boden an einem Hang, wo Luft und Licht und Schutz vor harschen Winden vorhanden sind, wird sie zu einer Offenbarung der Schönheit heranwachsen. Wird ihr Wachstum behindert, vielleicht durch die stärkeren Bäume an ihrer Seite oder durch Schäden im eigenen Stamm, dann wird sie krumm und schief, sie kann dennoch schöne Blütenkerzen tragen. Dies ist wohl im Laufe der Zeiten mit der Baumgruppe geschehen, die wir mit dem Namen „Europa“ schmücken. Sehen wir einmal davon ab, daß einige der Bäume in der Gruppe größer und ansehnlicher sind als andere und vielleicht auch dominieren. Kastanien sind es alle, und für den, der seine eigene Kastanie am meisten liebt, sind alle anderen nur zwei oder drei oder zehn oder fünfundzwanzig Kastanien. Die Gruppe, die sie zusammen bilden, ist unregelmäßig, ganz hübsch, aber nicht mehr, aber gerade das macht ihren Charme aus, daß die Bäume nicht gleich sind. Vorläufig ist noch Leben in allen, sie blühen kräftig und wachsen noch. Soweit die Hauptcharakteristika in Europas kulturellem Muster.

*

Ich komme jetzt zu der nationalen Kulturarbeit in einem zusammenarbeitenden Europa. Ich will ganz davon absehen, nähere Regeln für eine nationale Kulturarbeit in einem gemeinsamen Europa zu geben. Ich bezweifle, daß man das heute kann. Jeder Baum muß wie bisher nach seinen eigenen Gesetzen und Voraussetzungen wachsen. Aber wenn man das Wachstum fördern kann, indem man düngt und den gemeinsamen Boden gräbt und für Licht und Luft und sonst für gute Bedingungen sorgt, dann soll man das selbstverständlich zum allgemeinen Nutzen tun, ohne daß man jemandem ins Gehege kommt.

Und man kann eine Menge tun — oder unterlassen.

Jedes Land innerhalb eines zusammenarbeitenden Europas muß es z. B. vermeiden, sich von den anderen zu isolieren, sei es auf Grund von Minderwertigkeitsgefühlen oder aus Angst, behelligt oder aufgesogen oder nivelliert oder was weiß ich zu werden, oder auf Grund von Selbstüberschätzung, törichter Selbstzufriedenheit oder eines dummen Provinzialismus. Kein Land in der Gemeinschaft darf irgendwie den Versuch machen, über ein anderes zu dominieren, auch wenn es vielleicht kraft seiner größeren Stärke, seines Reichtums, seiner Tüchtigkeit usw. oder nur auf Grund größeren Draufgängertums oder größerer Frechheit eine solche Chance hat. Größtmögliche Freiheit muß eine

selbstverständliche Voraussetzung für jedes einzelne Land wie auch für die Gemeinschaft aller Länder sein.

Weiter muß man sich vor gewissen törichten Illusionen hüten. In kultureller Hinsicht hatte de Gaulle jedenfalls recht, wenn er von einem „Europa der Vaterländer“ sprach. Was wir aber nicht brauchen können, sind jene unverbesserlichen Nationalisten, die einen Feind in jedem sehen, der nicht redet und denkt wie sie selbst — aber ob davon heute noch viele übrig sind? Unter den Jungen jedenfalls kaum. Umgekehrt darf man nicht blindlings dem unklugen und unreifen Internationalismus verfallen, der der besonderen Eigenart jeden Wert abspricht und für den das Nationale ein Hemmschuh für jedes zwischenvölkliche Verstehen ist. In ihrer Naivität scheinen solche Leute zu glauben, daß sich alle Probleme von selbst lösen, wenn sie nur auf eine internationale Ebene erhoben werden. In ihrer kulturellen Haltung, wenn man von einer solchen reden kann, sind sie, ach, so kosmopolitisch und international, sie ziehen bei weitem ein Lied in fremder Sprache einem solchen in ihrer eigenen Sprache vor — wenn sie überhaupt noch Lust zum Singen haben. Aber so einfach geht es nicht. Wir dürfen nicht vergessen, daß praktisch alle europäischen Staaten einmal oder öfter mit einem oder mehreren der anderen im Krieg gestanden haben, und es ist doch wohl noch nicht alles ganz vergessen.

„Kein Däne wird Bismarck lieben“, wie Dr. Schlegelberger sagte. Aber ganz abgesehen von dem, was die Geschichte über gestern sagt, sind wir ja auch heute verschiedener Meinung über sehr vieles, „leider und zum Glück“, darf man vielleicht sagen.

Lassen Sie uns also auch in dieser Frage Realisten sein, aber keine Technokraten, bei denen die Zahlen, die Ausbeute, die rein materiellen Ergebnisse zählen.

Daß die absolut unabdingbare Voraussetzung für eine nationale Kulturarbeit in einem gemeinsamen Europa die unbedingte Anerkennung der Individualität jeder Nation sein muß, darüber sind wir uns einig. Aber daneben muß von allen Nationen ein bewußtes Suchen nach einer gemeinsamen Kulturtätigkeit auf regionaler oder gesamteuropäischer Basis verlangt werden. Das Ziel eines solchen Tuns darf aber keinerlei Form von Missionstätigkeit oder Bekehrung anderer sein, sondern vielleicht eine Inspiration auf der Grundlage der eigenen Kultur, aus eigener Erfahrung, eigener Überzeugung und Wertvorstellung; es muß dabei erwartet werden, daß der andere zum mindesten Offenheit, Aufgeschlossenheit für andere Standpunkte und Wertvorstellungen zeigt und sie respektiert, auch wenn er vielleicht nicht zustimmt. Irgend etwas wird schließlich haften bleiben, wie es in reichem Maße bisher zwischen den europäischen Völkern der Fall gewesen ist. Aber das muß viel mehr werden.

Ein Vorbild kann sicherlich das Verhältnis zwischen den nordischen Ländern sein. Wir im Norden verstehen einer des anderen Sprache, bewegen uns wie zu Hause beieinander, senden auf der gleichen Wellenlänge, lernen voneinander, helfen einander, wenn wir können, auch auf internationaler Basis, wir wetteifern miteinander und hänseln uns und können uns furchtbar gut leiden. Für das Ausland sind wir mehr oder weniger eine skandinavische Gruppe. Aber nicht in unserer blühendsten Phantasie könnten wir uns vorstellen, daß wir uns in die Privatangelegenheiten des anderen einmischen.

*

Aber es gibt noch ein anderes Vorbild, das hervorgehoben zu werden verdient, weil es gut als Muster für die größeren Verhältnisse im Europa der Zukunft dienen kann. Das sind die Verhältnisse in unserem deutsch-dänischen Grenzland und das damit zusammenhängende heutige Verhältnis zwischen Dänemark und Deutschland.

Wir alle wissen, daß auch dieses vom Verlauf der Geschichte belastet ist, daß Dänemarks Bitterkeit gegen Deutschland nach 1864 tief ging, daß viele Deutsche nach 1920 etwas ähnliches empfanden und daß der Haß der Dänen gegen alles Deutsche unmittelbar nach 1945 umfassend und unreflektiert war. Aber wir wissen auch, daß heute die Verhältnisse in unserem Grenzland stabilisiert, normalisiert und legalisiert sind und man danach zu friedlicher Nachbarschaft, gegenseitigem aufrichtigem Respekt und wachsender Sympathie auf sehr vielen Gebieten, auch außerhalb des Grenzlandes, gelangt ist. Wem dafür die größere Ehre gebührt, darüber will ich nicht befinden, aber der schleswig-holsteinischen Landesregierung kommt ein großer Anteil daran zu. Diese Spannung zwischen zwei Minderheiten und zwei Völkern um eine gemeinsame Staatsgrenze, welche Gefühle und welche Gedanken löst sie aus? Und was können die anderen Nationen Europas von dieser jahrhundertelangen Begegnung und von der Entwicklung in den letzten Jahren lernen? Lassen Sie mich schließen, indem ich das Problem wie folgt betrachte, und erlauben Sie mir zum Schluß, nur als Däne und erst in zweiter Linie als Mitglied einer künftigen Kulturgemeinschaft in Europa zu sprechen.

In unserer Kindheit war die erste Landkarte, die wir kennenlernten, die Karte unseres Vaterlandes. Das lernten wir lieben und seine Konturen wurden uns vertraut. Wir Dänen sahen, daß es von allen Seiten von Küsten umringt war — außer an einer Seite, am Fuße Jütlands. Hier war über die Karte ein roter Strich gezogen. Das war die Landesgrenze, so lernten wir. Unsere Urgroßeltern hatten auch eine Landkarte, die sie als Kinder lieben lernten. Aber auf dieser Karte war die rote Grenze an einer ganz anderen Stelle eingezeichnet.

Die rote Grenze bezeichnet ja die Grenze zwischen zwei Staatsgebieten. Es ist

eine Staatsgrenze. Die Geschichte zeigt, daß die Staatsgrenze Veränderungen unterliegt. Wichtiger als die Staatsgrenze ist jedoch die Volksgrenze. Die können wir nicht auf einer Landkarte einzeichnen. Sie windet sich auf bekannten und unbekanntem Wegen durch die Städte, sie geht sogar mitten durch die Häuser, durch die Familien hindurch, Vater ist deutsch, Mutter dänisch, oder umgekehrt. Ja, sie geht manchenorts quer durch den einzelnen Menschen, so daß er von sich selbst nicht weiß, wo sein Herz am meisten zu Hause ist. Die Volksgrenze! Unsichtbar ist sie im Alltag in dem seltsamen Bereich, der Grenzland heißt. Aber dennoch ist sie das Eigentliche. Denn sie ist es, die allein die geistigen Kräfte von Volk zu Volk vermerkt. Die Volksgrenze in ihrer unendlichen Empfindlichkeit und ihren unablässigen Verschiebungen bald nach der einen, bald nach der anderen Seite erzählt uns von Jahr zu Jahr von der Begegnung zwischen dänischer und deutscher Kultur. An irgendeiner Stelle muß sie ja geschehen: an der Flensburger Förde, am Haderslebener Damm, am Vejle Fjord, am Limfjord oder am Großen Belt. Vielleicht am Danewerk oder an der Eider! An der einen oder anderen Stelle müssen die beiden Kulturen einander ja begegnen, wenn nicht einer der beiden Partner zu existieren aufhört und sich selbst auslöscht.

Wollen wir als Volk bestehen? In unseren Tagen scheint das Internationale ja fast das einzig Seligmachende zu sein, in unserem Teil der Welt steht das Nationale niedrig im Kurs. Nur die Auslandsdänen, die von Dänemark getrennt sind, wissen, was sie verloren haben und was die Verbindung zur Heimat wert ist. Aber unsere Einstellung zum Nationalen ist auch gefärbt davon, in welchem Europa wir zu leben wünschen.

Für mich besteht, wie ich schon sagte, der Reichtum der europäischen Kultur darin, daß sie trotz so mancher gemeinsamer Güter viele nationale Farben besitzt, genau wie die Flaggen der Nationen. Die englische Lebensform unterscheidet sich sehr stark von der französischen, die Lebensauffassung des Spaniers hat andere Merkmale als die des Deutschen, dänische Kultur ist etwas anderes als italienische. Das ist ein Reichtum. Selbst hier im Norden, wo wir einander so gut kennen, sind wir glücklich über die Facetten dänisch, norwegisch, und schwedisch. Ob nicht gerade bei uns diejenigen zahlreich sind, die nicht wünschen, daß dieser europäische Reichtum eingetauscht wird gegen die Nivellierung der Nationen, gegen ein durchamerikanisiertes Europa mit einer grauen Einheitskultur, aber auch nicht wünschen ein System von isolierten Enklaven, eine Art moderner Mittelalterburgen, in der jeder in sich selbst Genüge findet?

In unserem Alltag freuen wir uns über die Begegnungen mit Menschen, die ganz anders als wir sind und uns ein farbenreiches, nuanciertes Bild bieten. Das gleiche gilt für den Kreis der Nationen. Ihre Eigenart, ihre Individualität bilden die tragende

Kraft für die Kulturformen, Darstellungs- und Lebensformen, für das Leben der Völker.

Wünschen wir, daß die dänische Nationalität als Teil dieser Vielfalt weiterhin fortbestehen soll? Ich wünsche es. Sowohl daß sie weiterbesteht, wie auch, daß sie als ein selbständiger Teil in das westeuropäische Ganze eingeht. Wenn wir das aber wünschen, so bedeutet das, daß wir uns über beide Aspekte völlig klar werden, unsere Verantwortung annehmen, über unser Eigenes wachen, ohne dies den anderen vorzuenthalten, uns anderen aufschließen, ohne uns selbst preiszugeben. Die Entwicklung der letzten zehn Jahre in unserem Grenzland hat uns eine ganze Menge gelehrt, wie man das macht. Isolierung (splendid isolation) dagegen bedeutet den langsamen Tod, besonders für ein kleines Land.

Der Vorsitzende von Grænseforeningen, Direktor E. Haunstrup Clemmensen, hat seine Reden und Vorträge gelegentlich mit einer dänischen Verszeile geschlossen, die ich zitieren möchte:

Hjemstavn og verdens port
lær os at raade stort
saa rig en arv!

Heimat und Tor zur Welt
lehre uns halten hoch
solch reiches Erbe!

Heimat und Tor zur Welt — das ist der Zusammenklang auch im Gesang von Dänemark und einem gemeinsamen Europa.

Harboe Kardel: Fünf Jahrzehnte in Nordschleswig

Ein Beitrag zur politischen Geschichte der deutschen Volksgruppe in der Zeit von 1920 bis 1970. Schriften der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig, Heft 22 Apenrade 1971, 343 S.

Auf ein solches Werk haben wir schon lange gewartet. Es füllt eine Lücke aus, die von Jahr zu Jahr unbegreiflicher gewesen wäre. Das Heimdeutschtum als selbständige Erscheinung mußte erst 50 Jahre alt werden, ehe es seinen Chronisten fand. In diesen Feststellungen drücken sich Sorgen aus, die nicht unterschätzt werden dürfen, steigen Befürchtungen auf, die ihren Blick in die Zukunft richten, um ein wenig bang zu fragen: Wie wird es weitergehen? Wir müssen Harboe Kardel dankbar sein, daß er den Mut fand, sich an die fast unlösbare Aufgabe zu machen, die politische Geschichte der deutschen Volksgruppe von ihrer Geburtsstunde 1920 bis heute darzustellen. Er selber drückt es im Vorwort so aus:

„Die Schwierigkeit, über die letzten Jahrzehnte etwas Gültiges auszusagen, war mir wohlbewußt. Ich habe es gewagt, um einer fünfzigjährigen Entwicklung einigermaßen gerecht zu werden, und bitte, was die letzten Kapitel anbetrifft, um ein nachsichtiges Urteil.“

Wer hätte dieses Buch schreiben sollen? Schon die Tatsache, daß es erst jetzt, 1971, erscheinen kann, beweist, daß der Volksgruppe viel zu wenig Kräfte zur Verfügung stehen, die sich mit solchen grundlegenden Fragen wie der Selbstdarstellung und Dokumentation befassen können. Hinreichende Zeit für Planung und Aufbereitung des Materials hat gefehlt, es sollte schnell fertig werden. So kann man auf weiten Strecken der Arbeit

sich nicht des Eindruckes erwehren, daß improvisiert werden mußte; man ist versucht zu sagen, daß vieles in der Volksgruppenarbeit nicht weitgefaßt geplant wird, besonders wenn man Vergleiche zur anderen Volksgruppe südlich von uns zieht. Wir haben daher Dr. Kardel, dem ewig jungen und unverzagten Pensionär mit seinen 77 Jahren, einen doppelten Dank zu sagen, daß er frisch über die Untiefen hinwegsteuerte, um die gesamte Zeit zu bewältigen und ein Werk druckfertig zu liefern.

Man muß die Energie des Verfassers bewundern, wenn man weiß, welche Spanne an Zeit ihm zur Verfügung stand, mit welchem Material er sich zu beschäftigen hatte, und — was weit schwieriger war — wo er sich Quellen und Unterlagen, so z. B. für die Zeit von 1933 bis 1945, erst mühsam beschaffen mußte. Wir wissen, wie leicht es Dr. Kardel fällt, zu schreiben. Sein Stil ist unverkennbar. Er hat die Gabe, die Ereignisse aneinanderzureihen und sie in der ihm eigenen Weise miteinander zu verknüpfen. Ihm war es kaum möglich, die Politik der Minderheit in ihren großen Phasen herauszuarbeiten, ihre wichtigsten Grundformen wertend einander gegenüberzustellen. Wenn der Verfasser wertet, so urteilt er oft aus dem eigenen Erlebnis, der eigenen Position heraus, die sich ihm als Hauptschriftleiter unserer Zeitung in den 30er und 40er Jahren ergab: Tiefergehende Beurteilungen unserer

Volksgruppenpolitik hat er nicht gefällt, wollte er auch nicht wagen. Dennoch soll nicht verschwiegen werden, daß wir gerade seine Schlußbetrachtung für nützlich erachten, weil sie die Elemente aufzählt, die für eine neue Linie unserer Arbeit, wenn wir überleben wollen, von Bedeutung sein werden.

Es ist durchaus anzuerkennen, daß er seine Darstellung chronologisch aufbaut. Dadurch vermeidet er unnötige Wiederholungen. Er schildert die wichtigsten Vorfälle des Jahres ausführlich, gliedert sie durch Überschriften und faßt am Schluß andere, nicht unwesentliche Ereignisse zusammen unter der Überschrift: Namen und Daten. In dieser besonderen Darstellungsweise zeichnet er sich gerade als der Chronist der Volksgruppe aus: Er schildert und sammelt. Darin darf ein ausgesprochenes Verdienst gesehen werden.

Als Reszensent habe ich eingangs auf die „fast unlösbare“ Aufgabe hingewiesen, die sich dem Verfasser stellte. Ich muß das begründen. Um eine wissenschaftlich brauchbare Darstellung zu liefern, dürfen in einem solchen Gesamtwerk keine Zeiträume quellenmäßig ungleich ausgewertet erscheinen. Das ist aber der Fall. Der kritische Leser muß daher stets bedacht sein, sich daran zu orientieren, was Dr. Kardel an Quellen und Literatur anführt. Das ist sehr unterschiedlich. Auf sicherem Boden scheint er besonders da zu sein, wo er auf den guten Unterlagen Dr. Kählers, Apenrade, fußt, der neben seiner Tätigkeit als Chefredakteur des „Apenrader Tageblatts“ und später der „Nordschleswigschen Zeitung“ auch als Schriftführer des „Schleswigschen Wählervers“ Kreis Apenrade, war.

Am eindruckvollsten hat Kardel die Zeit von 1920 bis 1933 dargestellt. Hierzu ist grundsätzlich zu bemerken, daß die ganze

Arbeit nur die politische Arbeit der Minderheit betrifft. Die kulturelle Arbeit wird nur insoweit berührt, als P. Schmidt-Wodder die Vorlagen des deutschen Schulvereins im Folketing vertrat oder aber Verhandlungen mit den dänischen Parteien erforderlich waren. (Herning-Abkommen über das Deutsche Gymnasium). Es muß leider beanstandet werden, daß der Verfasser seinen Leser nicht über die Erfolge des Schulwesens, der Bücherei und der Jugendarbeit, aber auch des Landwirtschaftlichen Hauptvereins und der Freigemeinde usw. orientiert, auch nicht einmal im Exkurs. Bei einer Minderheit lassen sich die politische und kulturelle Arbeit nicht trennen, alles, was sie tut, auch z. B. die kommunalpolitische Arbeit, ist dann, wohlgemerkt, wenn es sich um die Existenz der Gruppe handelt, Volksgruppenarbeit im umfassendsten Sinne. Das ist ein bedauerliches Manko.

Ferner erscheint mir die Person von P. Schmidt-Wodder etwas zu sehr in den Vordergrund gehoben zu sein.

Er würde in einem gerechteren Lichte erscheinen, wenn man ihn etwas mehr als den „reisenden Botschafter“ der Volksgruppe geschildert hätte, der für die finanziellen Schwierigkeiten und die Kleinarbeit nicht so das Verständnis aufbrachte, wie es seine Kritiker wünschten. Auffallen muß ferner, daß die wichtigen Jugendtagungen P. Schmidt-Wodders in Tingleff mit keinem Wort erwähnt werden. Die Volkshochschule in Tingleff war doch die Stätte der geistigen Begegnung Pastor Schmidts mit der Jugend der Volksgruppe. Hier wurde die geistige Marschrichtung erörtert und festgelegt.

Sehr schwach ist insgesamt die Zeit von 1933 bis 1945 unterbaut. Hier mag auch noch persönliches Engagement des Verfassers mit hineinspielen. Die Linien des NSAN und der Peter-Larsen-Leute müßten

auf ihren Charakter der Eigenständigkeit der Politik hin genauer untersucht werden. Auch scheint mir die Rolle H. B. Jepsens nicht treffend geschildert zu sein. Ein Mann wie Wilhelm Deichgräber, der doch P. Schmidt-Wodder 1935 beinahe das Folketingsmandat entriß, hätte eine eingehende Würdigung verdient. Gerade Deichgräber, der aus den Kreisen der „Blakkeden“ zur Volksgruppe stieß, wäre die Persönlichkeit gewesen, an der und mit der zu schildern wäre, warum gerade das durch die Selvstyrebewegung 1926, die Leibewegung 1928 und die LS- Bewegung 1931 politisch aufgerüttelte Bauerntum Nordschleswigs nur in Hitler einen Retter aus der wirtschaftlichen Notlage erblickte. Weit bedenklicher ist aber die völlig unrichtige Darstellung der Werbung der Frontfreiwilligen. Sie beginnt nach Kardel im wesentlichen erst 1942. Tatsache ist, daß einige wenige sich schon vor der Besetzung zum Dienst in der Waffen-SS meldeten, daß aber im Mai 1940 die Jahrgänge 1900—1920 zur Musterung aufgerufen und mit etwa 800 Mann nach Klagenfurt eingezogen wurden. Auch in den Jahren nach der Kapitulation ist die Arbeit der „Kameradschaftshilfe Nordschleswig“, die schon 1947 gegründet wurde, viel zu skizzenhaft gestreift worden. Ihre durch Wunschkonzerte, Spenden und Beiträge gesammelten Gelder beliefen sich bis zur Einführung der Rentenversorgung auf nahezu 100 000 Kr. Überhaupt bedarf das Kapitel des Fronteinsatzes der Nordschleswiger einer Klärung. Nicht einmal die Zahlen der Einberufenen noch die Verlustzahlen sind genannt. Ebenfalls ist die Frage überhaupt nicht eingehender untersucht worden, wieweit die NSDAPN, die Jens-Möller-Partei, von den reichsdeutschen Parteidienststellen während der Besetzungszeit abhängig war. Es könnte dies nur das Bild von Dr. Möller

klarer zeichnen. Die verschiedenen Hinweise auf SS-Dienststellen sind viel zu unübersichtlich. Natürlich ließe sich manches auch für die Zeit nach 1945 anmerken. Ich möchte mich nur auf einige konkrete Fakten beschränken. S. 209 ist zu lesen, daß die Zahl der Kreismandate von 7 auf 6 herabgesetzt war. Das ist aber nicht der Fall. Auf S. 224 korrigiert sich der Verfasser selbst, indem er schreibt, daß die Reduzierung erst 1948, nicht schon zur sog. Reuterwahl 1947, erfolgte.

Der Vollständigkeit halber mögen noch einige Worte über den Bildtext gesagt werden. Wenn irgend etwas den Charakter der Improvisation oder der Eile zeigt, dann die Ausstattung des Werkes mit Bildern. Sie sind im großen und ganzen recht dürftig, teilweise sogar schlecht. Sie wirken heute so, als stamme die Reproduktion aus den 20er Jahren. Dann vermißt man bei der Auswahl der Bilder eine Linie. Wer hätte nicht gern ein Bild von Georg Vogelsang, von Cornelius Petersen oder Dr. Sievers gesehen, die in der Politik zeitweise eine profilierte Rolle spielten? Auch fehlt eine Zeittafel.

Dafür muß man das Personenregister loben. Caspersen ist aber nicht Amtsbevollmächtigter sondern Amtssekretär und Kontorchef. Auch sind die Personalangaben der S. 88 falsch zitiert. Im Literaturverzeichnis fehlt die Arbeit des Schweden Tägil.

In diesem Zusammenhang ist es außerordentlich bedauerlich, daß Kardels Zahlenangaben nicht sorgfältig genug erarbeitet sind. Vergleicht man die Prozentsätze der Schleswigschen Partei von 1935 mit denen von 1929 und 1926, ergeben sich Widersprüche (S. 67, S. 90, S. 148). Es mag durchaus möglich sein, daß die Zahlenangaben aus den jeweiligen Quellen, die Kardel benutzte, richtig zitiert sind. Sie müssen aber auch untereinander

in Einklang gebracht werden. Der Wert der Arbeit leidet erheblich unter den vielen Druckfehlern, die oft sinnentstellend sind, so z. B. wird auf S. 156 der Handwerksmeister Johann Petersen aus Apenrade als deutscher Kommunalvertreter in Kopenhagen(!) bezeichnet.

Man mag vielleicht meinen, daß meine Kritik zu kleinlich ist. Ich möchte dem entgegen: Die Arbeit von Dr. Kardel halte ich für so wesentlich, daß sie eine 2. Auflage verdient. Sie müßte dafür aber neu

überarbeitet werden, ohne den Stil Kardels zu verlieren. Dann aber muß sie als Nachschlagewerk wissenschaftlich hieb- und stichfest sein. Denn mit dieser Arbeit hat — auch unter Berücksichtigung der ihr anhaftenden Mängel — die Volksgruppe erstmalig ein besonderes Profil erhalten. An uns liegt es, zu verfeinern und das Werk zu benutzen, um unseren Nachwuchs, der auch in unseren Schulen darüber viel zu wenig erfährt, für unser Schicksal als Heimdeutsche zu engagieren.

Die vorstehend wiedergegebene Besprechung der Geschichte der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig ist zunächst im „Nordschleswiger“ veröffentlicht worden. Sie erscheint hier als Einleitung und Ergänzung zu den folgenden Betrachtungen Paul Koopmanns über die gegenwärtige Situation der Volksgruppe.

PAUL KOOPMANN

Der Weg der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig und ihr politisches Programm

Die Minderheiten diesseits und jenseits der deutsch-dänischen Grenze sind auf der Suche nach einem neuen Selbstverständnis, das ihrer heutigen Position im staatlichen und gesellschaftlichen Gefüge des schleswigschen Raumes entspricht. Der nachstehende Beitrag zu einer zeitgemäßen Sicht der Aufgabe der deutschen Volksgruppe ist zunächst im „Nordschleswiger“ erschienen — wobei anzumerken ist, daß es sich um die Stellungnahme eines einzelnen zu einer im Gange befindlichen gesellschaftlichen Meinungsbildung, nicht um eine offizielle Verlautbarung der Volksgruppe handelt.

Die Diskussion über unsere politische Linie ist entbrannt. Sie gipfelt in der Frage: Ist die Teilnahme an der Folketingswahl von der Erringung eines Mandats abhängig oder kann für die Wahlbeteiligung das deutsche Bekenntnis an sich ausreichend sein? Diese Frage ist von so wesentlicher Bedeutung für die heutige politische Haltung unserer Volksgruppe, daß sie einer sorgfältigen Analyse bedarf. Die Geburt der Volksgruppe ist identisch mit der Geburt ihres politischen Programms. Ohne ein solches wäre sie keine eigenständige Gruppe geworden, hätte sie kein eigenes Profil gehabt. Das Schicksal der deutschen Sozialdemokraten von 1920 hat uns anschaulich erleben lassen, was in

Nordschleswig auch uns Heimdeutschen als unauffälliges Ende beschert gewesen wäre. Heute stehen wir in der Gefahr, Gesicht und Auftrag zu verlieren. Als die preußischen Beamten nach dem Abstimmungstag im Februar 1920 unsere Heimat verließen und wir am 15. Juni 1920 dänische Staatsbürger wurden, blieben die Heimdeutschen verlassen und auf sich allein gestellt zurück. Sie waren der Siegesstimmung der dänischen Nachbarn ausgesetzt. Die Grenzziehung wirkte verletzend, weil nahezu rein deutsche Gebiete wie Tondern, Hoyer und Uberg in den dänischen Staatsverband gerieten. Die Niederlage des Deutschen Reiches hatten unsere Familien ohne irgendeinen staatlichen Schutz auszukosten. Man erwartete daher allgemein, daß die Deutschen resignieren und sich vom dänischen Volkstum aufsaugen lassen würden.

Aber es kam anders. Pastor Schmidt-Wodder wurde ohne ein anderes Mandat als dem Vertrauen einiger weniger beherzter deutscher Männer zum Sprecher der zurückgebliebenen Deutschen berufen. Mit ihnen schuf er zunächst die notwendigen organisatorischen Formen im Schleswigschen Wählerverein, im Deutschen Schulverein und im Deutschen Jugendverband. Später gesellte sich noch die Nordschleswigsche Gemeinde als kirchliche Freigemeinde hinzu. Damit war die Volksgruppe als Organisation geschaffen. In der Forderung Schmidt-Wodders nach einer „neuen Entscheidung“ erhielt sie ihre politische Linie als Ausdruck des Protestes gegen die Grenzziehung. Über den Inhalt der Forderung kam es zu erbitterten Kämpfen. Die Gemäßigten befürworteten ein gerecht anzuwendendes Selbstbestimmungsrecht, die Unbedingten, die „Königsau“-Deutschen, jedoch verwarfen jegliche Teilung Schleswigs. Doch zerstritt man sich nicht.

Diese Protestlinie hat auf die dänischen Kreise in Nordschleswig und Dänemark, aber auch in den Regierungskreisen in Kopenhagen nachhaltigen Eindruck gemacht. Die deutsche Volksgruppe lebte schlechthin den Protest. Erst die Loyalitätserklärung des Hadersiebener Kreises, die dann die Grundlage der Politik des Bundes deutscher Nordschleswiger nach 1945 bildet, schuf hier eine fundamentale Zäsur, begründete eine grundsätzliche Neuorientierung. Darauf mag schon an dieser Stelle hingewiesen werden.

Doch erschöpfte sich die Politik des Schleswigschen Wählervereins nicht in ihrer grenzrevisionistischen Linie. Schmidt-Wodder forderte schon im April 1921 ein Minderheitenrecht. Er erklärte, daß der dänische Hinweis auf die Privatschulgesetzgebung und die insgesamt liberale dänische Verfassung, die auch den Deutschen genügen müsse, nicht befriedigen könne und er darum auf einem klaren Minderheitenrecht für die Volksgruppe bestehen würde. Der Leiter des Deutschen Schulvereins, Rektor Koopmann, versah Schmidt-Wodder in der Folgezeit mit vielen Eingaben für dessen Arbeit im Folketing und in den Ministerien, um die kulturelle Sonderstellung der Minderheit im Grenzraum zu

untermauern. Diese zähe Kleinarbeit führte zu Erfolgen. Schritt für Schritt wurde die schulpolitische Autonomie bis zum Tode meines Vaters, oder wenn man will, bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges erreicht. Die volle Kulturautonomie für das vielgestaltige Schulwesen schien nahezu verwirklicht, als man eigene Schulkommissionen und einen eigenen Schulkonsulenten 1939 aushandeln konnte. — Der Krieg zerstörte alles.

Wenn man rückschauend diese Phase politisch überblickt, wird man um die Feststellung nicht herumkommen, daß sie das Ergebnis eines klaren, festen politischen Kurses war. Die dänischen Parteien und die verschiedenen Regierungen in Kopenhagen kamen nach jahrelangem Ringen den Wünschen der Volksgruppe entgegen. Das muß vorbehaltlos anerkannt werden. Zwei Motive mögen hierbei mitgewirkt haben. Innenpolitisch werden die Wirtschaftskrisen zwischen den Kriegen bestimmt ihren Einfluß auf das Entgegenkommen auch in den schulischen Fragen gehabt haben; aber mehr noch wird Kopenhagens Rücksicht auf das erstarkende Deutschland dazu beigetragen haben, daß die Kulturautonomie errungen werden konnte.

Es darf nicht übersehen werden, daß die Stellung der deutschen Volksgruppe damals eine völlig andere war, als sie es heute ist. Damals war die Volksgruppe ein Stein im europäischen Machtkampf um die Pariser Verträge von 1919. Damals erwartete die politische Führung der Minderheit auch Hilfe vom Muttervolk, die sich nicht nur auf die Förderung kultureller Einrichtungen beschränkte. Sie war außerordentlich stark von den Vorgängen im Deutschen Reich abhängig, auch wenn nicht verkannt werden darf, daß die ältere Führungsgeneration sich gegen eine Bevormundung vom Süden zur Wehr setzte.

Es wäre ein dankbares Unterfangen, einmal eine wissenschaftlich einwandfreie Untersuchung über die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit der Volksgruppe von deutschen Dienststellen in der Zeit von 1924 (nach der Inflation) bis 1945 vorzulegen. Ich glaube, daß sehr viele „Kenner“ ihr Urteil ändern müßten, zumal, wenn die dänische Minderheit in dieses Arbeitsvorhaben auch für die ersten Jahre nach 1945 einbezogen würde.

Ein weiteres, noch wenig beachtetes Moment muß bei der Beurteilung der politischen Lage der Volksgruppe untersucht werden. Der Schleswigsche Wählerverein wünschte eine Grenzrevision. Das wußte die dänische Seite genau. Sie versuchte also, die Voraussetzungen für eine Grenzrevision zunichte zu machen. Sie förderte daher die Einwanderung dänischer Menschen nach Nordschleswig, aktivierte den Bodenkampf, zerschlug durch eine gezielte Raumpolitik die deutschen Gebiete im Südwesten Nordschleswigs um Tondern und förderte durch geschickte Maßnahmen vor allem die Abwanderung des deutschen Nachwuchses nach Reichsdänemark. Wir wissen darüber Genaueres

durch das Tagebuch des dänischen Lehrers Torp an der deutschen Schule in Tondern.

Die deutsche Führung konnte hiergegen nur wenig ausrichten. Sie hatte in den zwanziger Jahren genug zu tun, um die Abwanderung nach Süden zu bremsen. Die Kreditanstalt Vogelgesang vermochte wegen der geringen Mittel den dänischen Bodenkampfinstitutionen nur wenig Paroli zu bieten. Es gab kein ausgebautes Sekretariat. Als man in der nationalsozialistischen Ära eins schuf, zerrieb man sich bis zum Kriegsausbruch in Linienkämpfen. Der Krieg trug dann erheblich dazu bei, den deutschen Nachwuchs weiter zu dezimieren. So zeichnete sich schon damals riesengroß die Gefahr ab: Was wird aus dem Nachwuchs?

Die deutsche Führung vertraute einfach darauf, die Wanderungsverluste durch Gewinne unter den „Blakkeden“, den national unentschiedenen Nordschleswigern, zu kompensieren. Die Wahl von 1939 zeigte trotz der 15016 deutschen Stimmen deutlich, daß die grenzrevisionistische Parole verspielt hatte und daß die Gewinne unter den „Blakkeden“ nur bescheiden waren. Der Führung dämmerte nur langsam, daß es bei der Werbung um die Stimmen für die Liste S um mehr als nur um einen parteipolitischen Wechsel ging. Daher fielen die Erfolge insgesamt nicht größer aus. Sie entsprachen nur der schulpolitischen Lage; jede Schule war ein kultureller, aber zugleich auch ein volkspolitischer Stützpunkt. Es ging in dem Ringen zwischen 1920 und dem Krieg um den ganzen Menschen. Darum kam das Deutschtum nicht weiter, weil mit der Kultursprache auch ein Ja zur deutschen Lebensweise, zur Blickrichtung nach dem Süden gefordert wurde. Die Schule setzte die Grenze.

Wenn wir abschließend diese erste Phase zusammenfassen, dürfen wir wohl folgern, daß „die Männer von 1920“ die Volksgruppe schufen und ihr ein politisches und kulturelles Programm gaben.

*

Und was taten die Männer der Stunde null? Haben die Männer der „Insel der Treue“ eine zukunftssträchtige Politik gemacht?

Die Loyalitätserklärung des Bundes deutscher Nordschleswiger vom 22. November 1945 bildet auch heute noch die Grundlage der Arbeit der deutschen Minderheit. Sie stellt fest:

„Wir bekennen uns zu unbedingter Loyalität dem dänischen König, dem dänischen Staat und der jetzigen Grenze gegenüber und erstreben einen ehrlichen Frieden in unserer Heimat.“

Mit diesem Satz wird etwas diametral anderes ausgesagt, als was in der Forderung nach einer „neuen Entscheidung“ von Pastor Schmidt-Wodder bisher als Leitlinie der Volksgruppenpolitik galt. Sie bedeutet darum nichts weniger als eine Stromkenterung in den deutsch-dänischen Beziehungen.

Man hat später behauptet, die Loyalitätserklärung sei unter Druck entstanden. Ich möchte folgende Überlegung anstellen: Jede Forderung, jede politische Parole entsteht unter dem Druck der Zeitverhältnisse. Das gilt auch für die „neue Entscheidung“ des Schleswigschen Wählervereins von 1920. Damals konnte man keine andere Parole ausgeben, wenn man sich nicht selber verneinen wollte. So auch die Loyalitätserklärung des Haderslebener Kreises, die der Gründungserklärung des Bundes deutscher Nordschleswiger zugrunde gelegt wurde.

Um objektiv urteilen zu können, hat man sich zu fragen, warum sich die Männer zu diesem Schritt veranlaßt gesehen haben und welche Männer es waren, die einen solchen Schritt meinten wagen zu müssen. Denn es war in jeder Hinsicht ein Wagnis, das mit einem hohen persönlichen Mut gekoppelt war. Daher ist es bei der Beurteilung unserer gegenwärtigen Lage wichtig zu wissen, daß die Loyalitätserklärung in ihrem ersten Entwurf schon am 11. November 1943 formuliert wurde. Und die Männer, die sich mit dieser Manifestation identifizierten, waren Pastor Prahl, Fabrikant Matthias Hansen, Großkaufmann Peter Frees, Advokat Sophus Erichsen und Bankdirektor Danielsen, alles Männer aus Hadersleben.

Für unsere Untersuchung ist es von großem Wert festzustellen, daß es vor allem Männer aus alteingesessenen heimdeutschen Geschlechtern waren. Wenn sie zum Frieden in unserer Heimat aufriefen, dann wußten sie, was sie taten, und auch, warum sie es taten!

Ich habe eingangs gesagt, daß die Loyalitätserklärung eine Stromkenterung zwischen deutsch und dänisch einleitete. Sie reicht in ihren Auswirkungen weit über die Grenzrevisionsparole von 1920 hinaus. Sie greift bis in das 18. Jahrhundert zurück, bis in jene glückliche Zeit, wo Deutsche und Dänen in der dänischen Monarchie, die damals bis vor Hamburgs Tore reichte, friedlich zusammenlebten. Und in diesen Männern lebte aus der Verbundenheit mit ihren Vorfahren und ihrer Heimat die Sehnsucht nach jener besseren und friedlicheren Vorzeit. Man brach daher mit einer Politik, die mit den Freiheitskriegen der Napoleonischen Zeit ihren Anfang nahm, in der Erhebung Schleswig-Holsteins gegen Dänemark 1848/50 und im Sturm der Preußen auf die Düppeler Schanzen 1864 ihre Kulmination erreichte, um mit der Teilung Schlesiens 1920 und dem Zweiten Weltkrieg auszuebben.

Es war die Zeit der Verfeindung deutscher und dänischer Menschen, die eine fast vierhundertjährige Epoche des friedlichen Miteinanderlebens im Gesamtstaat Dänemark, der eben kein reiner dänischer Staat war, abgelöst hatte. Es soll hier nicht untersucht werden, was zur Verfeindung zwischen den beiden Völkern führte. Aber die Männer des Haderslebener Kreises hatten schon während des Krieges den Mut, das Verhältnis zwischen deutsch und dänisch neu zu

durchdenken und völlig neu zu formulieren. Darin liegt ihre historische Bedeutung. Die von ihnen gesetzten Akzente haben sich als richtig erwiesen — und sie haben sich nach Süden, nach Schleswig-Holstein hin, fortgesetzt, aber auch im Norden, bis nach Kopenhagen hin, Wirkung gehabt. Sie sind so weit gefaßt worden, daß sie heute mehr denn je Geltung und Wirkung besitzen. Das zeigt vor allem ein Vergleich mit der politischen Zielsetzung der dänischen Minderheit in Südschleswig, die sich zu einer Loyalitätserklärung bisher nicht durchgerungen hat und heute noch von einer Eidergrenze träumt. — Und dabei hat sich der Wert der Loyalitätspolitik auf beiden Seiten der Grenze ausgezahlt.

Es soll klar gesagt werden, daß die deutsche Minderheit nach 1920 die tonangebende von beiden Volksgruppen war und daß sie eine revisionistische Politik verfolgte. Sie mußte darum auch nach der Zäsur von 1945, nach der deutschen Kapitulation, mit einer Vorleistung den Neubeginn eigenen Lebens dokumentieren. Das hat sie mit ihrer Proklamation getan. Die Loyalitätserklärung, die heute in Nord und Süd fast Selbstverständlichkeit ist, hat mit ihrem Ziel, den Frieden im Grenzraum zu konsolidieren, die revisionistischen Parolen der dänischen Minderheit geistig überrundet.

Das mag überraschend klingen. Es dürfte aber, gemessen an den tatsächlichen bewegendenden Kräften unserer Zeit, die zum Ausgleich im Grenzraum drängen, keine falsche Feststellung sein. Denn nur auf dem Fundament einer gelebten Loyalität konnten Kopenhagen und Bonn die Magna Charta, den Freiheitsbrief, ihren jeweiligen Minderheiten feierlich zusichern. — So haben die Männer der Stunde null die Lebensmöglichkeit für die Deutschen in Nordschleswig neu begründet.

Alles hing davon ab, ob die Männer des Neubeginns der Situation gewachsen waren. Ernst Siegfried Hansen hat damals im Wochenblatt „Der Nordschleswiger“ mit der nationalsozialistischen Ära abgerechnet, ich habe etwas später in einer Artikelserie von uns als den „Flüchtlingen des Lebens“ gesprochen. Gemeint ist, mit diesen das Grundsätzliche berührenden geistigen Abrechnungen zu zeigen, wie existenzgefährdet unsere Lage als Gruppe, aber auch als Individuen war.

In den vierziger Jahren war die menschliche Kluft zwischen den Deutschen und den Dänen gähnend tief. Wir tun heute gut daran, uns dieser Lage von damals nachdenklich zu entsinnen. Denn wie sah der Neubeginn aus?

Eine Flutwelle dänischen Geistes brandete bis weit nach Südschleswig hinein und machte viele Menschen dort unsicher. Das Angebot des Siegers und die behagliche dänische Version der nordischen Demokratie überrannte dort alles, was sich dem entgegenstellte. Das Land bis zur Eider schien eine leichte Beute für eine expansive dänische Politik zu sein.

Da erzielten die Männer des Neubeginns — und wir dürfen sie nicht vergessen — , die sich selbst überlassenen Frauen und Kinder die ersten Erfolge in der

Stabilisierungspolitik des Grenzraumes von der Königsau bis zur Eider. Das Wort von „der Insel der Treue“ stammt aus dieser Zeit. Es hat nicht nur für den deutschen Lebensraum wesentliche Bedeutung gehabt, ich glaube, es ist für die dänische Staatsräson von noch größerem Wert gewesen. Wie würde es heute im Grenzland aussehen, wenn Christmas Möller nicht das Wort von der stabilen Grenze formuliert hätte? Wir wissen heute, daß die Festigkeit der Volksgruppe bei der Formulierung dieser außenpolitischen Maxime eine nicht unwesentliche Rolle gespielt hat. Diese Festigkeit wurde auch im Faarhuslager demonstriert. Die Gesetze mit rückwirkender Kraft haben nur dazu beigetragen, die deutschen Nordschleswiger zusammenzuschweißen.

*

Die Volksgruppe bestand nach dem Kriege die Bewährungsprobe. Es war also klar, daß die Minderheit nach der Gründung des Bundes deutscher Nordschleswiger danach trachten mußte, die Nachkriegsfolgen zu überwinden. Das wurde ihr erstes Ziel. Man wurde selbstbewußter. Mit Dr. Reuter als erstem profiliertem Sprecher begann der politische und auch schulische Wiederaufbau. In der Ära von Dr. Wernich strebte man das Folketingsmandat als politisches Ziel an. Unter Hans Schmidt-Oxbülls Leitung wurde dieses Ziel erreicht. Die Volksgruppe konnte im Parlament wieder ihre Stimme erheben.

Schmidt-Oxbülls Politik umfaßte folgende Punkte:

1. Überwindung der Nachkriegsfolgen,
2. Sicherung des Ausbaus der deutschen Volksgruppe.
3. Keine Schlüsselfunktion im Parlament.

Es ist die Tragik von Hans Schmidt-Oxbüll gewesen, daß man ihm im Folketing wohl menschlich wohlwollend begegnete, in der Sache aber in den von ihm vorgetragenen Wünschen der Volksgruppe praktisch überhaupt nicht entgegenkam. Den Ausweg aus diesem Dilemma hat Schmidt-Oxbüll nicht gefunden. Denn seine Vorstellung von der deutsch-dänischen Arbeitsgemeinschaft mußte unklar bleiben, weil Hans Schmidt — wenn er an das politische Zusammenwirken mit dänischen Nachbarn und Parteien in Nordschleswig denken wollte — dann viel zu früh eine solche Partnerschaft als Politikum anstrebte. Dazu ist auch heute die Zeit nicht reif. So scheiterte Hans Schmidt und zerstritt sich letztlich auch mit dem Bund. Er schied aus der offiziellen deutschen Arbeit aus. Mit seinem Weggang ging auch das Folketingsmandat verloren.

Harro Marquardsen hatte als Hauptvorsitzender keinen verheißungsvollen Start. Vor ihm türmten sich die Schwierigkeiten. Da waren: der Streit mit Schmidt-Oxbüll, der Verlust des Mandats in Kopenhagen auf Grund der Sperrklausel, das Ringen um die Beseitigung der Sperrklausel, die zähen Verhandlungen betr. des Büchereizuschusses, die Pensionsfrage u.. a. mehr. Nur in einem Punkte kam

Kopenhagen der Volksgruppe entgegen: Die Schleswigsche Partei ist von der Auflage entbunden, 10 000 Unterschriften zu sammeln, um an der Wahl teilzunehmen.

Daher wurde der Volksgruppe ein Kontaktausschuß angeboten, in dem unsere drei Mitglieder Fragen der Minderheit Vertretern der Parteien und der Regierung vortragen können.

Gewiß, der Kontaktausschuß funktioniert, aber doch nur zähflüssig. Er ersetzt keineswegs einen Parlamentsvertreter, denn er hat keine Presse. Es wird intern verhandelt. Ursprünglich hatte der Staatsminister den Vorsitz, heute ist diese Aufgabe dem Innenminister zugefallen. Dieser Wechsel wurde nicht beraten, er wurde dem Bund als eine de-facto-Entscheidung mitgeteilt.

So ist die Lage heute: Die Minderheit steht am Scheideweg. Soll sie an der Wahl teilnehmen? Welche Mittel hat sie, um sich Geltung zu verschaffen? Der Vergleich mit der Lage vor 1933 ist zu auffällig, um nicht zu bestimmten Schlüssen aufzufordern. Damals war die Minderheit ein Stein im außenpolitischen Spiel zwischen Deutschland und Dänemark. Heute steht dem nicht nur die Loyalitätserklärung entgegen, sondern mehr noch die klare Position Bonns, sich nicht in innerdänische Belange einzumischen, und das heißt für Bonn: Die deutsche Minderheit ist kein Objekt der deutschen Außenpolitik. Maßgebend sind allein die Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955.

So wie die Lage heute ist, hat sich die Volksgruppe zu überlegen, ob sie überhaupt gewillt ist, politisch aufzutreten. Sie erkennt vielleicht erst heute ganz prägnant, daß das mangelnde Entgegenkommen Kopenhagens bedeutet, daß sie auf sich selbst verwiesen ist. Nur aus eigener Kraft kann sie sich in Kopenhagen Gehör verschaffen. Und das hat sie z. B. in puncto Sperrklausel und dem Büchereizuschuß nicht vermocht.

Man darf die Frage aufwerfen: Hat die deutsche Führung überhaupt eine echte politische Konzeption gehabt? Das heißt beileibe nicht, daß sie keine Ziele verfolgte. Das heißt aber gewiß, daß sie Mittel und Wege aufzuzeigen hat, wie man seine Ziele erreicht. Hat sie aber das? Woran liegt es, daß die Situation heute so verfahren ist? Warum muß sich die Volksgruppe einer so schweren Untersuchung unterziehen, ob sie zur Wahl aufstellen will oder nicht? Vielleicht auch dämmert es erst heute allgemein, daß die Loyalitätserklärung von 1945 die klare Aufforderung enthält, sich an der innerdänischen Politik zu beteiligen, weil die Beziehung zum Süden nur kulturelle Akzente tragen kann. Es fragt sich wirklich, ob nicht die Stromkenterung von 1945 erst heute allen klar wird.

Der Heimdeutsche muß als dänischer Staatsbürger politisch agieren, und zwar aus seiner besonderen Position an der Grenze. Ob er das kann, ob er das möglich machen kann, soll im weiteren untersucht werden.

*

Es ist eingangs gesagt worden, daß die Volksgruppe nur im Zusammenhang mit ihrem politischen Programm als ein besonderer Volksteil begriffen werden kann. Ferner wurde festgestellt, daß die Loyalitätserklärung eine Stromkenterung in den deutsch-dänischen Beziehungen einleitete. Damit ist klar ausgedrückt worden, daß sich die deutsche Minderheit nicht mehr als Faustpfand der deutschen Politik betrachtet. Sie will ihr politisches Schicksal in eigener Verantwortung bestimmen. Das haben Kopenhagen und Bonn-Kiel dankbar begrüßt. Keine „neue Entscheidung“, sondern ein „ehrlicher Frieden in der Heimat“ bildet somit die Lebensgrundlage der Minderheit. Sie führte geradlinig zu den dänisch-deutschen Minderheitenerklärungen von 1955.

Damit war ein neuer Rahmen der wechselseitigen Beziehungen im Grenzland geschaffen. Er darf aber nicht mit einer politischen Konzeption verwechselt werden. Wie sehen aber unsere politischen Ziele aus? Da sind zunächst die Auswirkungen der Kriegsfolgezeit, die noch nicht restlos behoben sind. Dann bemühen wir uns um die Aufhebung der Sperrklausel, um eine echte Wahlchance zu haben. Seit Jahren wird um den Büchereizuschuß gerungen, ohne daß man irgendwie weiterkommt, und immer wieder betonen wir unseren Zusammenarbeitswillen. Wenn wir uns dann einmal offiziell an die Öffentlichkeit wenden, dann sprechen wir von der Aufgabe, die Grenze zu überwinden, oder erklären, daß wir uns für den Anschluß Dänemarks an die EWG einsetzen werden. Das ist alles klar und einfach und bestimmt nicht verkehrt. Und doch meine ich, daß dahinter keine Gesamtkonzeption sichtbar wird. Was soll eine solche enthalten?

Sie soll von der Existenzsicherung unserer Volksgruppe ausgehen, und ich übertreibe etwas, um deutlicher zu werden — nicht vom Balkon aus Politik treiben, sondern bei den grundlegenden Fragen beginnen, von den Fundamenten aus folgern. Das Fundament sind aber unsere Familien. Und da fehlt vieles.

Wodurch aber werden unsere Familien angesprochen? Durch unser Bildungsangebot, wird man antworten. Das ist richtig. Das war vielleicht ausreichend vor einer Generation. Als ich einen führenden Hofbesitzer vor Jahren auf dieses Problem der Familiensicherung hin ansprach, meinte er, daß wir uns mit diesen Fragen nicht befassen könnten, weil die Probleme uferlos würden. Jeder müsse sich auf die eigene Kraft verlassen. Das konnte ein Bauer sagen.

Wie sieht es aber heute bei 80 Prozent unserer Familien aus? Sind sie nicht alle irgendwie in ein soziales Abhängigkeitsverhältnis geraten und stehen bei weitem nicht mehr so frei da wie früher? Ich bin gewiß nicht so utopisch, daß ich meine, daß große Geldmittel als Sonderkredite für die soziale Arbeit einzusetzen wären. Die soziale Strukturveränderung könnten wir durch ein kombiniertes Konsulenten- und Familienbetreuungssystem anders abfangen, als wir es heute tun, um damit

unsere Familien stärker zu sichern.

Ich habe vielmals auf diese Aufgaben hingewiesen. Wenn man allerdings daran nicht glaubt, hat man auch keine Erfolge. Hier wäre ein weites Feld der Kleinarbeit. Denn das, was unsere Mitglieder brauchen, ist Betreuung, menschliche Pflege, sind Besuche. Selbstverständlich werden Besuche gemacht, werden die Alten und Kranken betreut. Das verkenne ich nicht. Wie aber steht es um unsere jungen Familien? Ich kenne viele Beispiele, wo sie ganz sich selber überlassen bleiben, wo keiner kommt, wo sie beide, Mann und Frau, berufstätig sind, aber aus einem Abhängigkeitsgefühl in einer neuen Umgebung nicht allein den Absprung finden, die deutschen Institutionen zu suchen.

Auf dem Lande sind diese Fragen leichter zu lösen, weil man sich kennt. Aber in der Anonymität der Städte, an einem neuen Arbeitsplatz wie z. B. im Krankenhaus und in einer Fabrik, hat es die junge Familie nicht leicht, die neue Option für die deutsche Minderheit als Familie zu treffen. Wir übersehen viel zu leicht, daß wir auch in Nordschleswig immer aufs neue das volkliche Bekenntnis abzulegen haben. Dafür haben wir leider viel zu wenig getan. Die Schule und der Jugendverband können nicht alles leisten. Aber ein neu zu schaffendes Sozialwerk, das den Sozialen Frauendienst, die Selbsthilfe und die Kameradschaftshilfe zusammenfaßt und durch eine neue Abteilung der speziellen Familienbetreuung ergänzt würde, könnte hier Abhilfe schaffen.

Es gibt sogar einige wertvolle Untersuchungen über die Nachwuchsfrage, die von der Schule angeregt worden sind. Sie sind aber kaum in einem größeren Gremium ausgewertet worden. Denn die alles überschattende Frage ist die: Wo geht unsere Jugend hin, wenn sie unsere Schulen verläßt? Ich habe schon für die Zeit bis 1940 betont, daß der Substanzverlust, den wir derzeit durch die Abwanderung erlitten hatten, durch Neuerwerbungen ausgeglichen werden sollte. Damals schien das noch in irgendeiner Weise möglich zu sein. Denn in den Schüler- und Wählerzahlen drückte er sich damals noch nicht aus. Heute brennen uns diese begangenen Fehler auf den Nägeln. Wir müßten uns doch um unsere schulentlassene Jugend nicht nur aus der Sicht des Sports interessieren. Ist die Arbeit des Jugendverbandes nicht auf eine viel zu schmale Basis gestellt? Wir müssen unseren Nachwuchs während seines ganzen Ausbildungsweges in irgendeiner Form nicht aus den Augen verlieren. Das ist vordringlich notwendig. Ich fasse darum zusammen: Wir haben keine Gesamtkonzeption, weil wir uns zu keinem Zeitpunkt nach 1945 hingesezt haben, die Probleme unserer Familien — unseres Nachwuchses — im weitesten Sinne zu analysieren.

Wir kennen nicht die Stellungnahme des Bundes, des Schul- und Sprachvereins, der sozialen Verbände, des Jugendverbandes, der Freigemeinden oder des Landwirtschaftlichen Hauptvereins. Jeder hat sich institutionell vielleicht mit dieser Frage beschäftigt — aber eine Gesamtbeurteilung? Sind wir nicht viele Jahre allzu

zufrieden mit der eigenen Institution gewesen und haben den „Schwarzen Peter“ den andern zugeschoben?

Ich möchte es noch einmal ganz präzise formulieren: Wir haben uns wohl bemüht, die speziellen Probleme des Schul- und Sprachvereins, des Bundes deutscher Nordschleswiger, des Jugendverbandes, des Sozialen Frauendienstes zu lösen, wir haben aber vergessen, so meine ich vorsichtig sagen zu dürfen, das Gesamtproblem der Volksgruppe anzupacken: das Nachwuchsproblem. Diesen Fehler hat unser Nachbar, der Däne, nicht begangen. Er hat sich ganz konsequent mit dem Nachwuchs der Volksgruppe beschäftigt.

Der Bibliothekar Jacob Petersen hat nicht nur vorzüglich mit den Büchern seiner zentralen Bücherei in Apenrade gearbeitet, er hat sich als enger Mitarbeiter H. P. Hanssens und Jepsen Christensens, Høgsbro, intensiv mit unserer Volksgruppe zahlenmäßig befaßt. Er hat einmal gesagt, daß die Heimdeutschen ungefährlich seien, wenn ihr Stimmenanteil in den Gemeinden unter zehn Prozent fiele, wenn man dafür Sorge trage, daß viele junge Deutsche aus Nordschleswig abwanderten und wenn man der Heirat über die Grenze Einhalt gebieten könne. Der dänische Gegner hat seit 1920 genau gewußt, was er wollte. Der deutschen Schulpolitik setzte er seine nachschulischen Möglichkeiten während der Ausbildungsphase des jungen Menschen entgegen. Mit einer sanften Berufslenkung unseres Nachwuchses, die nicht den Wünschen der Minderheit entsprach, erreichte er fast immer sein Ziel: die Abwanderung der jungen Deutschen aus der Heimat. Dafür gibt es ungezählte Beispiele. Es soll nicht behauptet werden, daß das undemokratische Methoden sind, die hier Anwendung fanden und finden. Es soll damit nur der Boden bereitet werden, ein weiteres Phänomen zu beleuchten, das allerdings politische Aspekte enthält:

Die Aufsaugungsthese der Dänen von 1920 ist 1970 durch eine ganz andere These abgelöst worden, die sich zunächst unverfänglich ausnimmt. In den dänischen Jubiläumsfeiern von 1970 hieß es: Noch nie in seiner tausendjährigen Geschichte ist Nordschleswig so dänisch gewesen wie heute; Professor Troels Fink hat im Nørherredhus auf der Jahresversammlung des Historisk Samfund am 16. Mai 1971 (Zit. nach Flensborg Avis vom 18. Mai) dazu erläuternd erklärt: „Wir sind wiedervereinigt, und wir gehen in diese Gemeinschaft mit dem dänischen Volk hinein als Gesamtheit ohne irgendeine nennenswerte Sonderstellung und wir wünschen darin keine Veränderung.“ Damit hat Professor Fink nichts gegen das Heimdeutschtum erklärt, aber er hat es auch nicht als Charakteristikum unserer Heimat genannt. Das ist nicht ganz von ungefähr. Es liegt aber an uns, durch unsere Existenz den Sondercharakter des Grenzlandes Schleswig zu betonen. Das muß also unsere vordringliche Aufgabe sein. Daher: Die Grundkonzeption unserer Politik hat von der Sorge um unseren Nachwuchs auszugehen. Darum müssen wir 25 Jahre nach der Kapitulation den Mut finden, die Büchereifrage als

Aufhänger zu benutzen, um Sonderregelungen anzustreben.

*

Wenn der schleswig-holsteinische Ministerpräsident den dänischen Vertreter im Kieler Landtag zu grundsätzlichen Besprechungen über die Landespolitik einlädt, dann ist das ein interessantes Entgegenkommen Kiels gegenüber einer Minderheit, die, begünstigt durch den Fortfall der Sperrklausel, bei der letzten Wahl Federn lassen mußte und doch mit vollem Respekt akzeptiert wird. Und was tat Kopenhagen? Es teilte den deutschen Kontaktausschußmitgliedern mit, daß man in Zukunft mit dem Innenminister als Vorsitzendem zu rechnen habe.

In der Sperrklauselfrage hieß es lapidar: Nichts Neues. Man möge immerhin bedenken, daß Kiel für alle kulturellen Fragen gleich Kopenhagen Hoheitsrechte besitzt und daß die Bevölkerungszahl Dänemarks doch nur das Doppelte von Schleswig-Holstein beträgt.

Hier klafft eine Diskrepanz in der Behandlung der Minderheiten. Hier ist einzusetzen. Ich meine aber, daß es vor allem an uns selber liegt, daß die Situation so kläglich aussieht. Wir sind allzu kleinmütig, weil uns eine echte Konzeption fehlt. Und sie ist doch einfach auszudrücken.

Zur Sicherung unseres heimdeutschen Volksteils reichen die kulturellen Gesetze nach dem „Friskolelov“ nicht aus. Hier wäre das Büchereigesetz zu nennen. Die soziale Umschichtung in Dänemark, die auch unsere Minderheit erreicht, erfordert zur Sicherung unserer Minderheit eine Reihe von Sonderregelungen auf der Grundlage der Loyalitätserklärung von 1945 und der Minderheitenerklärungen von 1955. Dazu gehört vor allen Dingen das unabdingbare Recht auf die politische Repräsentanz im Folketing. Die Minderheit kann nicht von der Einflußnahme auf die Legislative absehen und auf sie verzichten.

Das Amt Grönland hat ohne Vorbehalte eine doppelte Repräsentanz im Folketing erhalten, dem Amt Bornholm wurde gerade wegen seiner zahlenmäßigen Schwäche ein zweiter Vertreter zugesprochen, die Färinger sind auch mit zwei Abgeordneten vertreten, und der dänische Reichstag hat das Seinige dazu beigetragen, daß für die dänische Minderheit im Kieler Landtag die Sperrklausel entfiel. Noch vor einer Generation entsprachen sich auch die drei Minderheiten im dänischen Reichsverband zahlenmäßig recht genau. Wir erheben darum die Forderung, ohne uns in weitere Diskussionen über die Sperrklausel einzulassen, als Minderheit im Folketing vertreten zu sein. Alle anderen Lösungsversuche sehen wir als Diskriminierung an. Wir sind wahrhaftig als Minderheit echt genug und haben unsere Festigkeit bewiesen.

Als dänische Staatsbürger wenden wir uns heute an die anderen Minderheiten oder peripheren Randgebiete im dänischen Reichsverband, um um Unterstützung unserer legitimen Wünsche zu bitten. Doch haben wir uns auch Aufmerksamkeit

heischend an unsere eigenen Mitglieder zu wenden.

Wir haben die aufkommende innere Verdrossenheit zu wenden. Es sieht in unseren Reihen keineswegs zufriedenstellend aus. Das tat es seit der Ära Hans Schmidt nicht mehr. Ich weiß, daß wir es uns nicht leisten können, uns zu zerstreuen. Aber wenn man mit einem politischen Programm keinen Erfolg hat, sondern laufend Enttäuschungen einsteckt, muß man doch gerechterweise ein anderes Programm zum Zuge kommen lassen. Und wie könnte man das Ziel der inneren Erneuerung, das mit einem stärkeren Selbstbewußtsein gekoppelt wäre, erreichen?

In der Zeit zwischen den Kriegen hatte die Minderheit nicht nur kulturell, sondern auch politisch Deutschland im Rücken. Heute befinden wir uns grundsätzlich in einer anderen Situation. Heute haben wir uns politisch nur auf unser Staatsbürgerrecht zu stützen. Das hat jetzt seine Bewährungsprobe im Verhältnis zu unseren dänischen Nachbarn zu bestehen. Wir haben 25 Jahre Vorleistungen erbracht. Wir haben uns um unsere dänischen Mitbürger bemüht und zahlenmäßig viele Verluste — wir sagen es ganz offen — einstecken müssen. Dänemark möge sich nunmehr erkenntlich zeigen, uns das schlichte Recht zugestehen, als dänische Staatsbürger auch im heimdeutschen Gewand im Folketing das Wort zu ergreifen.

Wir haben hier vor allem jene dänischen Staatsbürger als Koalitionspartner zu gewinnen, die sich auch in diesem Jahrhundert das Recht, in Kopenhagen repräsentiert zu sein, erkämpft haben: die Färinger, die Grönländer und irgendwie auch die Bornholmer. Aber auch die dänische Volksgruppe in Südschleswig haben wir zu kontaktieren. Wir haben viele gemeinsame Interessen. Man könnte in dieser Hinsicht als Fürsprecher des anderen auftreten.

Ich entsinne mich sehr wohl der Sendung im dänischen Fernsehen vor einiger Zeit, als die jungen Isländer anlässlich der Rückgabe der isländischen Handschriften einhellig erklärten, daß sie keine großen Freunde der Dänen seien, daß sie nicht das ihnen von den Dänen zugefügte Leid vergessen könnten, daß sie aber realistisch genug seien, Kopenhagen auch für sie heute noch als Bildungsmetropole im Norden zu erklären. Auch für uns ist Kopenhagen das wichtigste Forum unserer politischen Existenz und sollte es bleiben. Auch uns verknüpfen viele Bande mit Kopenhagen. Das Recht auf die politische Repräsentanz in Kopenhagen wäre unsere erste Forderung. Sie würde dann mit der weiteren Forderung verknüpft, den nordschleswigschen Amtsrat derart zu erweitern, daß wir als Minderheit unsere beiden Flügel vertreten können. Auch diese Erwartung ist in keiner Weise unbillig, sondern ein legitimes Anliegen. Die dritte Generalforderung zielt daraufhin ab, die Kulturautonomie der Volksgruppe so zu gestalten, daß sie den Grundforderungen einer aus sich existierenden Volksgruppe institutionell und administrativ entspricht. Hier gelte es, die kulturelle

Selbstverwaltung in Schule, Kindergärten, Büchereien und Berufsschulen so mit den allgemeinen Belangen im Landesteil abzustimmen, daß ein Modus vivendi gefunden würde.

Erst wenn uns diese politischen und kulturellen Rechte als Minderheitspaket gesichert werden, wäre das Heimdeutschtum auf dem Boden der Loyalitätserklärung und der Minderheitenerklärungen im dänischen Staatsverband in seinen elementaren Rechten konsolidiert. Zu einem solchen Ergebnis führt eine eindringliche Analyse unserer Situation. Sie setzt die innere Selbstbefreiung voraus, sie streift die letzten Hüllen der Schockwirkungen vom deutschen Zusammenbruch ab und ist in ihren legitimen Forderungen ein zukunftsverheißendes Angebot für unsere Jugend. — Und dann sollen wir einer Wahl fernbleiben?

Mein südschleswigsches Testament

Am Schluß seiner festlichen Verabschiedung ging der langjährige dänische Distriktsschulinspektor und Rektor der Ansgar-Skole in Schleswig nach Flensburg Avis „in einer eindringlichen und leidenschaftlichen Rede auf seine Ansichten zur dänischen Arbeit in Südschleswig ein. Er schilderte die Situation zu der Zeit, da die meisten der heute bestehenden dänischen Organisationen und Institutionen und auch der SSW gegründet wurden, und wies auf die Gefahren der modernen Entwicklung hin, die gegenwärtig in steigendem Maße die Arbeit der dänischen Minderheit prägt. Darum hat nach seiner Meinung die Entwicklung im Landesteil Schleswig in kultureller und politischer Hinsicht nicht die Erfolge gebracht, die er sich erhofft hatte. — Es war vieles zum Nachdenken und viel Sprengstoff in der Rede, die Sven Johannsen als so etwas wie sein ‚südschleswigsches Testament‘ bezeichnete.“ Als eine Stimme in der gegenwärtigen Diskussion um das Selbstverständnis der dänischen Minderheit bringen wir in deutscher Übersetzung die das Grundsätzliche berührenden Passagen — wobei festzustellen ist, daß es sich hier zweifellos um eine konservative Auffassung dänischer Volkstumsarbeit handelt, die ebensowenig „offiziell“ wie die progressive Paul Koopmanns auf deutscher Seite ist.

eb

... Ich war der erste Landesvorsitzende des „Südschleswigschen Wählervereins“, der Mitbegründer der „Südschleswigschen Heimatzeitung“ und — abgesehen von den ersten Tagen — der erste Chefredakteur, obwohl etwas gezwungenermaßen. Achtzehn Jahre lang war ich als Vertreter des Südschleswigschen Wählervereins Mitglied der Kommunalverwaltung der Stadt Schleswig und des Kreises Schleswig, zum Teil an besonders hervortretenden Stellen. Man sollte also meinen, ich müsse einiges von der SSW-Politik verstehen. Man wird nachstehend feststellen können, daß dies — jedenfalls jetzt — nicht mehr der Fall ist.

Ich glaube nämlich nicht daran, daß der Südschleswigsche Wählerverein eine Zukunft als reguläre politische Partei hat. Die Voraussetzung, unter der wir starteten, die administrative Trennung Schleswigs von Holstein, hat sich bekanntlich nicht durchgesetzt. Wenn der Wählerverein heute als eine reguläre politische Partei, die sich an alle Bürger des Landes wendet, wirken möchte, verfolgt er eine Linie, die heute nicht mehr aktuell ist. Der Wählerverein ist heute offiziell als politische Repräsentation der dänischen — aber wohl nicht einmal der friesischen — nationalen Minderheit anerkannt, und als nationale Minderheit ist er von der Fünf-Prozent-Klausel befreit, und nicht, wie einige meinen, weil er nur Kandidaten in Südschleswig aufstellt.

Allein aus diesem Grund kann er nur Mitglieder der nationalen Minderheiten

repräsentieren und streng genommen sich an diese wenden. Es scheint, daß dieses auch ein genügend großes Arbeitsgebiet sein kann, da die Stimmzahl bei weitem nicht mit der — notabene — vermeintlichen Mitgliederzahl übereinstimmt.

Persönlich würde ich es auch als Verrat bezeichnen, wenn Mitglieder der Minderheit anderen Parteien ihre Stimmen geben oder Stimmenthaltung üben, solange der Wählerverein an Wahlen teilnimmt. Aber ich würde es ganz sicher auch als Verrat bezeichnen, wenn deutsche Wähler sich aus diesem oder jenem Grund überreden ließen, ihre Stimme dem Südschleswigschen Wählerverein zu geben. Was würde man zu einer Aufforderung an die dänisch-nordschleswigsche Bevölkerung, ihre Stimme aus diesem oder jenem Grunde der Schleswigschen Partei zu geben, sagen?

Keines von beidem könnte praktisch Vorkommen, wenn man von einigen verwirrten Seelen absieht, und eine Kampagne in dieser Richtung ist deshalb nicht nur sinnlos, sondern geradezu geschmacklos.

Anstatt sich utopischen politischen Träumen hinzugeben, sollten sich sowohl die Jungen als die Alten auf die Feststellung besinnen, daß derjenige, der sich zur dänischen oder friesischen nationalen Minderheit bekennt, die unabdingbare Pflicht hat, bei jeder Wahl dem Wählerverein seine Stimme zu geben und daß es ganz einfach Verrat ist, dies zu unterlassen. Es ist zwingend notwendig, sich als Däne oder Friesen an der Wahlurne zu bekennen, denn es handelt sich um das Bekenntnis, wenn die politischen Möglichkeiten des Wählervereins aufzurechnen sind.

Die vor jeder Wahl geführten leidenschaftlichen Erörterungen des politischen Programms der Partei scheinen mir völlig abwegig zu sein. Eine Wählerschar von links außen bis nach rechts kann kein gemeinsames Programm außer dem einen „Stimm dänisch!“ bzw. „Stimm friesisch!“ vertreten. Alles andere ist leeres Stroh ohne Nutzen. Denjenigen, die dänisch stimmen, ist das Programm ziemlich gleichgültig und müßte es jedenfalls sein, wenn das Programm nicht ihrer Auffassung entspricht.

*

Wenn ich meiner Bekümmerng über die anscheinend eingeschlagene Richtung des politischen Wirkens Ausdruck gab, dann ist meine Bekümmerng in bezug auf die anscheinend kulturell eingeschlagene Entwicklung wesentlich größer. Ich habe früher meine Auffassung mitgeteilt, aber ich möchte sie noch einmal wiederholen, vielleicht zum letzten Male und deshalb noch schärfer, aus rein egoistischem Grunde: Ich will ein reines nationales Gewissen haben.

Die dänische Minderheit, der wir alle angehören, hat als Minderheit keinen Zweckparagrafen und kann keinen haben. So etwas gehört in die Satzung eines Vereins, den man gründen will. Eine nationale Minderheit kann man nicht gründen.

Sie ist da, oder sie ist nicht da, und sie hat keinen Zweck, hingegen hat sie eine Aufgabe, und diese Aufgabe ist indiskutabel, kann also nicht angenommen oder verworfen werden, denn sie ist dem Begriff der nationalen Minderheit immanent, sie ist eine *conditio sine qua non*, eine unabdingbare Voraussetzung. Wird die Aufgabe nicht akzeptiert oder wird sie in der Weise verwischt, daß es mehr einer stillschweigenden Verleugnung der Aufgabe gleichkommt, ja, dann ist das Nationale abgeschafft, wovon einige der Jungen sprechen, aber dann gibt es auch keine Minderheit mehr, sondern nur eine Reihe ziemlich verwirrter Organisationen und Vereine, die keinen anderen Anspruch auf Unterstützung durch die öffentliche Hand als den haben, den die Gesetze des Landes ihnen zusichern und an deren Aufrechterhaltung jedenfalls Dänemark kein besonderes Interesse haben kann.

Die natürliche Aufgabe einer nationalen Minderheit ist der Kampf um die Umgangssprache. Die Minderheit hat die Aufgabe, die Kulturgrenze zu sichern, und da die Kulturgrenze praktisch der Sprachgrenze folgt, so ist die Aufgabe auch für den Einfältigsten leichtverständlich.

Ich kenne natürlich fast alle Argumente, darum herzukommen, und es gibt deren leider allzu viele. Das am häufigsten genannte ist dieses: Die Gesinnung sei wichtiger als die Sprache. Da darf man wohl fragen, wichtiger warum? Verglichen mit der Sprache gehört die Gesinnung in das politische Gebiet, nicht in das kulturelle, und es ist einleuchtend, daß bei einer Stimmabgabe die Gesinnung das Entscheidende ist; aber die Aufgabe der nationalen Minderheit ist es nicht, in erster Linie Stimmen zu sammeln, sondern die Sprachgrenze zu sichern, und diese kann leider nicht einmal mit 100000 deutschredenden Stimmen gesichert werden — vermutlich ganz im Gegenteil.

Die dänische Sprache ist im Verhältnis zur deutschen eine schwache Sprache mit weichender Tendenz. Sie kann im Gegensatz zur deutschen nur durch einen bewußten, aktiven Einsatz im Begegnungsgebiet der beiden Sprachen aufrechterhalten werden. Ich gehe davon aus, daß man sich darüber klar ist, daß die Sprach- und damit die Kulturgrenze zugunsten des Deutschen im Weichen begriffen ist, obwohl die *Kenntnis* der dänischen Sprache sich stark ausbreitet, welches oft und völlig irrtümlich als positiv für das Dänentum betrachtet wird.

Einige reden über die Zweisprachigkeit. Ich glaube nicht daran, daß irgendein Mensch auf die Dauer mehrere Sprachen mit sich selber spricht.

Hat man überlegt, zu was denn die dänischen Schulen eigentlich nützen? Man kann die Schüler nicht zwingen, so sagt man. Nein, natürlich nicht, das ist wie mit dem heiligen, unverletzlichen Elternrecht, auf das wir gleich kommen; aber man kann herausfinden, wer eine dänische Schule besucht und wer nicht und sich danach richten. Lieber eine Schule mit zehn dänischsprachigen Schülern als eine mit dreißig deutschsprechenden, von denen die zwanzig deutschsprachigen mit

unserem Segen also die zehn dänischsprachigen schlucken dürfen, die zu retten wir Lehrer so teuer bezahlt werden.

Man wird zweifelsohne und vielleicht ein wenig überrascht mich als erzreaktionär bezeichnen, tief begraben in alten Vorurteilen. Komischerweise finde ich selbst, daß ich versuche, weitschauend zu sein und einen Sinn in dem Unternehmen zu erblicken und wie eine Art Provo, wenn auch älteren Jahrgangs, aufzutreten.

In meiner Zeit als Vorsitzender wurde man in Schleswig umgehend aus dem Südschleswigschen Verein exkludiert, wenn man sein Kind in die deutsche Schule schickte, und ich meine immer noch, daß dies das einzig Richtige ist, wie ich ebenso meine, daß die Mitgliedschaft in einem dänischen Verein die Voraussetzung sein muß für die Aufnahme seines Kindes in die dänische Schule, wohlgemerkt, nicht die automatische Mitgliedschaft im Schulverein, die mit der Anmeldung erfolgt.

In einem Leitartikel der „Südschleswigschen Heimat-Zeitung“: „Wat, nu sülln wi ok noch dänisch schnacken?“ kommt die Zeitung zu dem Ergebnis, selbst wenn es wünschenswert sein würde, könne es nicht unbedingt notwendig sein, das müsse jeder dänischgesinnte Südschleswiger selbst wissen. Letzterem ist natürlich nicht zu widersprechen, aber damit ist die Sache wieder auf den Kopf gestellt — wie bei dem Elternrecht. Man unterließ nämlich den selbstverständlichen Zusatz, daß der, der deutsch wählt, natürlich nicht als dänisch bezeichnet werden kann.

Die Zeitung möchte sich auch nicht selbst zugunsten von „Flensburg Avis“ überflüssig machen, indem sie meint, eine andere Aufgabe gefunden zu haben, die ihre weitere Existenz erfordert: Eine politische Partei in Deutschland bedarf eines deutschsprachigen Parteiorgans. Das klingt unmittelbar so einleuchtend, daß keiner etwas zu sagen wagt. Wieder ist die Sache auf den Kopf gestellt. Es ist ja gar keine Rede von einer politischen Partei in Deutschland, sondern von einer politischen Repräsentation einer dänisch-nationalen Minderheit, die aus diesem Grunde von den geltenden deutschen Wahlgesetzbestimmungen befreit ist.

Man weist weiter darauf hin, daß man die Möglichkeit haben müsse, seiner Meinung gegenüber Behörden und deutschen Mitbürgern Ausdruck zu geben. Ich fürchte, daß die Zeitungsredaktionen an der irrümlichen Auffassung — einer Art Berufskrankheit — leiden, daß das Erscheinen einer Zeitung die Öffentlichkeit über die dort ausgedrückten Meinungen unterrichtet, und das ist ja nicht der Fall. Schon die Auflage zeigt die Begrenzung. Ich möchte raten, daß das aktuelle Bedürfnis der interessierten deutschen Öffentlichkeit mit einer Auflage von etwa fünfundzwanzig Exemplaren gedeckt wird.

Gibt es einen anderen Ausweg, ich frage nur, als den, „Flensburg Avis“ zum Mitgliederblatt des Südschleswigschen Vereins zu machen? Man ist auf Krampf damit beschäftigt, Geld — wessen? — für ein neues Mitgliederblatt „Kontakt“ zu

opfern. Weshalb nicht den zweiten Schritt tun und „Flensburg Avis“ zum Mitgliederblatt zu machen?

Und die Familien der Schulkinder? Weshalb, ich frage nur, weshalb nicht fordern, daß die Familie „Flensburg Avis“ abonniert — als Voraussetzung dafür, daß ihre Kinder in eine dänische Schule aufgenommen werden können. Das ließe sich beides mit guter pädagogischer und sonstiger anderer Begründung machen.

Ein „Vorposten für die dänische Sprache durch hundert Jahre“, für eine längere Reihe von Jahren gesichert, eine ehrliche Mitgliederzahl wirklich Interessierter, mit der Zeitung in jedem einzigen Heim, eine weiterhin beachtliche Schülerzahl, mit der Möglichkeit eines jeden Schülers, täglich in seinem Heim „Flensburg Avis“ zu lesen, welche Zeitung dann vielleicht sogar anfängt, Vorposten der dänischen Sprache auch innerhalb ihrer eigenen Mauern zu sein.

Interethnische Beziehungen als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung

Die Auseinandersetzung um die gesellschaftliche Stellung von Volksgruppen bzw. nationalen Minderheiten und ihre staatliche Fixierung sind fast immer mit Emotionen und Ressentiments belastet. So kann es nur begrüßt werden, wenn durch wissenschaftliche Untersuchungen über die Probleme der Volksgruppen und Minderheiten eine Versachlichung der Argumentation erreicht werden sollte. Der nachstehende Beitrag berichtet über Bemühungen in dieser Richtung.

Die Red.

Das Feld sozialer Interaktionen zwischen benachbarten ethnischen Gruppen ist von den Sozialwissenschaften in Deutschland bislang nicht gerade bevorzugt behandelt worden. Zwar wurde Ende der fünfziger Jahre auf Initiative des UNESCO und des Europarates ein sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut in Köln begründet, zu dessen Zielprojektionen Minderheitenuntersuchungen in Europa gehörten. Aber obgleich sich schon 1955 eine Reihe von europäischen Soziologen zusammengetan und die Grundlagen dafür gemeinsam erstellt hatte, ja sogar eine Einigung über einen ziemlich ausgearbeiteten Plan zur vergleichenden Grenzforschung erzielt werden konnte,¹ hat dieser qualifizierte Anstoß doch keineswegs auf deutscher Seite zu einer intensiven wissenschaftlichen Befassung mit Minderheitenproblemen innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik geführt.² — Diese Tatsache wird bestätigt, wenn man einen Blick in das „Wörterbuch der Soziologie“ wirft und den Artikel zum Stichwort „Minderheit“ überprüft: Die ethnischen Minoritäten sind überwiegend in den USA und auf der Grundlage der dortigen Verhältnisse zum Gegenstand sozialwissenschaftlicher Untersuchungen gemacht worden.

Aber noch einmal zurück zur Wirksamkeit des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts in Köln. Einige bemerkenswerte Arbeiten sind von dorthier doch angeregt worden. Sie behandeln allerdings in erster Linie sprachliche Probleme wie die der Elsässer, der französischsprachigen Waldenser in Piemont, der deutschsprachigen Tschechen und von Sprachminderheiten in Indien.⁴ Angesichts dieser mehr oder minder linguistisch betonten Arbeiten ist es um so erfreulicher, daß in jüngerer Zeit von dänischer Seite ein kenntnisreicher Beitrag zur Minderheitenforschung geleistet worden ist, der um die Erkenntnis sozialkultureller Faktizitäten im deutsch-dänischen Grenzraum bemüht ist. Der Kopenhagener Soziologe Kaare Svalastoga hat mit seinem Mitarbeiter Preben Wolf 1963 eine wohlfundierte Studie über die Situation der Grenzstadt Tondern im

interethnischen Beziehungsgeflecht zwischen dänischer Mehrheitsbevölkerung und deutscher Minderheit erarbeitet, die unter dem Titel „En by ved grænsen“ erschienen ist⁵. Die Untersuchung, die nach intensiven Kontakten mit dem Kölner Sozialwissenschaftlichen Institut gestartet wurde, basiert auf Material, das durch empirische Methodik gewonnen werden konnte. Svalastoga stützt sich nämlich nicht nur auf Sachinformationen, Statistiken, etc., sondern vor allem auf die Ergebnisse einer Befragungsaktion, die er mit Hilfe von Tonderner Seminaristen gewann. Insgesamt wurden 388 dänischgesinnte und 293 deutschgesinnte Tonderner Einwohner auf Grund eines standardisierten Fragebogens interviewt. Auf diese Weise gelang es, Kriterien für die Zugehörigkeit zur dänischen oder deutschen Seite festzustellen, die sich vor allem aus Sprache, Zuhause, Kirche, Schule, Arbeit, Vereinsleben, Freizeitinteressen, Attitüden usw. ergaben. Ferner prüfte Svalastoga das Interaktionssystem beider Seiten im Bereich des Alltags. Insbesondere die Erhellung des Nachbarschaftsverhältnisses und der sozialen Handlungsnormen, die dafür maßgeblich sind, wirft ein interessantes Licht auf das deutsch-dänische Zusammenleben in dieser kleinen Grenzstadt. Es würde hier zu weit führen, alle die aufschlußreichen Ergebnisse der Untersuchung Svalastogas darzulegen. Wir wollen uns auch nicht mit seiner politisch höchst interessanten Quintessenz befassen, das deutsche Element in Tondern werde bis zum Ende unseres Jahrhunderts verschwunden sein⁶, sondern uns nun intensiver der Frage zuwenden, wer sich im deutschen Wissenschaftsbereich mit den Fragen interethnischer Verflechtungen befaßt hat.

Einen verheißungsvollen Anfang in dieser Richtung stellt Rudolf Heberle mit seiner 1936 erschienenen Betrachtung über das Auslandsvolkstum dar⁷. Seine Überlegungen bezogen sich vor allem auf Auswanderungsgruppen. Wichtig sind solche von ihm herausgearbeiteten strukturbedingten Faktoren für Minderheiten: wie Sprache, Eheschließung, Siedlungsweise, Wandervorgänge, soziales Rangverhältnis zu den übrigen Gesellschaftsgruppen usw. Ferner erkannte er die grundsätzliche Bedeutung von Assimilationsprozessen und ihren Voraussetzungen, die ja im Gegensatz zur Akkulturation den Untergang einer ethnischen Gruppe bedeuten können.

W. E. Mühlmann unternahm 1956 in einem Aufsatz in der „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie“ den Versuch, eine Theorie der interethnischen Systeme aufzustellen⁸. Er bezog sich dabei im wesentlichen auf die Regelmäßigkeiten und typischen Handlungsabläufe zwischen den sogenannten Naturvölkern, und insofern treffen seine Ergebnisse nur bedingt auf die Interpedenzen ethnischer Gruppen in Hochkulturen zu. Immerhin läßt sich aber der Satz von dem geistigen Überwältigtwerden durch eine überlegene Kultur und dem damit zusammenhängenden Zusammenbruch der tradierten Wertwelt sowie der Entfremdung von der eigenen Gruppe und der daraus resultierenden

Anschlußbereitschaft an das überlegene System der anderen ethnischen Gruppe genau auf die Situation im interethnischen Bereich anwenden.

Die bedeutsamste Abhandlung der deutschen Sozialwissenschaften zu Fragen ethnischer Gebilde stammt aus der Feder des Münchner Soziologen Emmerich Francis. In seinem Buch „Ethnos und Demos“ (1965) setzt er sich mit den Schwierigkeiten und durch die Zeitverhältnisse immer wieder ideologisierten Begriffen Volk, Nation und Staat auseinander. Francis führt anstelle der differenzierten und belasteten Termini Volk, Volkstum, Volksstamm, Nation die von Wertungen weitgehend freie Bezeichnung „Ethnische Gebilde“ ein. Als ihre konstitutiven Merkmale bestimmt er: gemeinsame Kultur, Raum, Geschichte, spezifisches Wirgefühl oder Zugehörigkeitsbewußtsein, Gefühl und Wille, durch politische Maßnahmen eine Gemeinschaft zu bilden und zu erhalten⁹. Sozusagen als Filiation eines ethnischen Gebildes sieht er Minderheitengruppen an, die er näher umschreibt als soziale Gebilde vom Typus des Verbandes, dessen Angehörige ihr aufeinander bezogenes Handeln an einem gemeinsamen normativen Leitbild orientieren¹⁰. Francis führt dazu näher aus: „Zur Bildung echter Minderheiten kann es überhaupt nur unter den Bedingungen des modernen Nationalstaates kommen. In diesem Falle ist die „Mehrheit“ identisch mit der als Nation konstituierten, im Staat politisch zusammengefaßten Gesamtgesellschaft. Minderheiten sind also Volksgruppen, die in einem bestimmten Verhältnis zur Gesamtgesellschaft stehen, in die sie eingeschlossen sind. Dieses Verhältnis ist vor allen Dingen dadurch gekennzeichnet, daß die Mitglieder solcher Volksgruppen zwar grundsätzlich als gleichberechtigte Mitglieder der Gesamtgesellschaft gelten, jedoch faktisch nicht im gleichen Maße am Genuß sozialer Güter teilnehmen wie die übrigen Mitglieder der betreffenden Gesellschaft. Ihre tatsächliche Gleichstellung kann nur durch Aufgabe ihrer ethnischen Sonderart, d. h. durch Assimilation erreicht werden.“¹¹

Subsumiert man die Entwicklung im deutsch-dänischen Grenzland der letzten fünfzig Jahre unter die Francissche Definition, so läßt sich unschwer folgendes erkennen: Durch die Verschiebung der Staatsgrenzen 1920 wird ein Teil der Gebietsbevölkerung von Schleswig annektiert. Dadurch treten die beiden an diesem staatspolitischen Akt beteiligten Sozialsysteme Deutschland und Dänemark in neue Beziehungen zueinander. Die neu entstandenen Minderheiten beiderseits der Grenze sind jedoch im wesentlichen als ethnische Gruppen weder durch politischen oder wirtschaftlichen noch durch kulturellen Druck (außer in der Kriegszeit und danach) in ihrem Bestand entscheidend gefährdet worden. Sie galten durchaus als gleichberechtigte Mitglieder der Gesamtgesellschaft, in der sie lebten. Darin aber liegt gerade bis heute die Bedrohung für die deutsche und für die dänische Minderheit. Denn ihre Geschlossenheit und Isolierung, die zur Zeit noch auf einigen wenigen Fällen mangelnder Gleichberechtigung (z. B. Ausschluß

deutscher Minderheitenangehöriger von Beamtenpositionen) gefördert wird, wird in Zukunft durch die immer mehr zunehmende verfassungsrechtliche Gleichberechtigung aufgeweicht werden. Minderheitenangehörige geraten auf diese Weise immer mehr in den Zwang, an zwei miteinander unvereinbaren Sozialsystemen teilzunehmen, von denen das des Wirtsvolkes die Oberhand gewinnen wird. Francis sieht in diesem Vorgang den Übergang von einer primären zu einer sekundären Minderheitengruppe.¹²

Einige wenige Beiträge zum Problem nationaler Minderheiten hat auch die deutsche Sozialgeschichte geleistet. Schon vor dem ersten Weltkrieg hatte ja im beginnenden Zeitalter der Industrialisierung eine binnendeutsche Wanderung stattgefunden, an der sich als fremdvölkische Gruppen namentlich Polen und Masuren aus den deutschen Ostgebieten beteiligten. Die mit ihrer sozialen Integration im westdeutschen Industrievier verbundenen Schwierigkeiten brachten es mit sich, daß sie trotz aller eigenen Assimilationsversuche in den Status einer nationalen Minderheit gedrängt wurden. Damit ergab sich eine umgekehrte Situation, als sie für nationale Minderheiten an nationalen Grenzen bestehen. Hans-Ulrich Wehler und Hans Linde haben die Immigration der Polen und Masuren ins Ruhrgebiet vor dem ersten Weltkrieg und den Aufbau eigener Organisationen dargestellt.¹³

Aber noch ein anderes Fach, daß gerade eben im Begriffe ist, seine Existenzberechtigung durch neue Fragestellungen unter Beweis zu stellen und das die bisherigen Grundlagen seiner Wissenschaftlichkeit einer kritischen Prüfung unterzogen hat, hat ein Anrecht darauf, im Zusammenhang mit der Minderheitenforschung genannt zu werden: die Volkskunde.

Die Volkskunde, einst kurz vor der Jahrhundertwende aus der Altertumskunde herausgelöst und zu einer selbständigen Disziplin¹⁴ erhoben, hat sich seit ihren Anfängen mit Problemen auslandsdeutscher Volksgruppen befaßt. Besonders nach dem ersten Weltkrieg, als das Deutsche Reich auf Grund der Bestimmungen des Versailler Friedens Gebietsabtretungen hinnehmen mußte, konzentrierte sich ein Zweig der Volkskunde sehr intensiv auf das sogenannte Sprachinseldeutschtum. Die vielen Einzelarbeiten zu diesem Thema können hier nicht alle aufgezählt und besprochen werden. Ein zusammenfassender Überblick erschien 1934 mit Walter Kuhns „Deutscher Sprachinselforschung“. Einige Gesichtspunkte und Definitionen seien aus diesem Werk herausgegriffen. Kuhn umreißt die deutsche Sprachinselforschung als die „gesamtheitliche Erforschung und Darstellung der deutschen Sprachinseln als geschlossener, wohlabgegrenzter Lebensinhalt und als Teile des deutschen Volkskörpers mit besonderer Eigenart“¹⁵, und unter „echten Sprachinseln“ versteht er „Siedlungen, die durch geschlossene Kolonisation inmitten fremden Volksgebietes entstanden sind“¹⁶. Er vergleicht die Sprachinseln mit Halligen im Völkermeer, die sich in

einem heldenhaften Abwehrkampf um ihre Scholle befinden. Seine Begriffsbestimmungen gehen im wesentlichen von der Situation der Deutschen in Ost- und Südosteuropa aus und beziehen sich fast gar nicht auf Verhältnisse wie an der deutsch-dänischen, deutsch-französischen oder deutsch-italienischen Grenze. Trotz seiner ehrlichen Bemühungen, das Problem des Sprachinseldeutschtums wissenschaftlich exakt in die Hand zu bekommen, lassen sich doch manche Prämissen, die Kuhn seinen Überlegungen voranstellt, nicht aufrechterhalten. Dazu gehören die prononcierten Hinweise auf die „Überlegenheit über die benachbarten Nichtdeutschen auf einzelnen Lebensgebieten (Wirtschaftsführung, Organisation) oder in Charaktereigenschaften (Reinlichkeit, Fleiß, Zähigkeit, Planmäßigkeit, Ehrlichkeit)“¹⁷. Zwar berücksichtigt Kuhn die Einflüsse der Umweltbedingungen auf die Sprachinseldeutschen, wenn er auf gemeinsame Tätigkeit in Fabriken oder bei Saisonarbeiten hinweist und die Berührungspunkte der Volksgruppenangehörigen mit dem Wirtsvolk beim geselligen Verkehr, in der Sprache, im Arbeitsbrauchtum nennt. Aber der damit verbundene Vorgang der Akkulturation wird viel zuwenig gewertet und „die herrenmäßige und überlegene Einstellung der Deutschen gegenüber dem weniger reifen einheimischen Bauern auch auf die Einschätzung seiner Sprache, Tänze, Bräuche, Tracht, Bauweise usw.“¹⁸ zu sehr herausgestellt. Es ist das Verdienst von Ingeborg Weber-Kellermann, an diesem Bild der deutschen Sprachinselforschung wesentliche Korrekturen vorgenommen zu haben¹⁹. Vor allem hat sie den Charakter der Grenze als Kontaktzone zwischen den Völkern hervorgehoben, in der sich gegenseitige Wechselwirkungen zwischen den beiden sich begegnenden ethnischen Gruppen vollziehen. Ferner wies Weber-Kellermann mit Recht darauf hin, daß eine Grundeigenschaft der ethnischen Gruppe — wie jeder anderen Gruppe — ihre Wandlungsfähigkeit sei. In Anlehnung an Emmerich Francis kennzeichnet sie die ethnische Gruppe als ein offenes System kultureller Überlieferungen und sozialer Handlungen. Dieses als entscheidend anzusehende Kriterium widerspricht durchaus der Auffassung der alten Sprachinselforschung, Volksgruppen seien im wesentlichen statisch strukturiert und überwiegend an ihr nationales Ursprungsland gebunden. Weber-Kellermann konnte am Beispiel ungarndeutscher Siedlungen nachweisen, daß es bestimmte Reizstellen an den interethnischen Grenzen gibt, wo durch einen allmählichen Akkulturationsprozeß Novationen übernommen werden²⁰. Dieser Vorgang kann sich selektiv oder transformierend abspielen, d. h. manchmal werden nur bestimmte Objektivationen (Kulturgüter) aus dem fremden Kulturbesitz ausgewählt, bei anderer Gelegenheit unterliegen diese einem bestimmten Umwandlungsvorgang. Richard Thurnwald hat die Formen der Diffusion im ethnischen Bereich ausführlich dargestellt²¹.

Es wäre unbillig, die gesamte von der deutschen Volkskunde vor dem zweiten

Weltkrieg geleistete Forschungsarbeit in Bausch und Bogen als ideologisch gefärbt und unkritisch abzulehnen. Zweifellos kommt ihr das Verdienst zu, früher als die soziologische Forschung Erkenntnisinteresse für die Fragen der interethnischen Beziehungen gezeigt zu haben. Es wäre zu hoffen und zu wünschen, daß dieser Problemkreis auch in Zukunft wieder stärker in das Blickfeld der sich immer mehr in sozialwissenschaftliche Richtung bewegende Volkskunde gerät. Damit würde unter neuen Vorzeichen und mit verbessertem Methodenapparat eine Wissenschaftstradition fortgesetzt, die es wert wäre, vertieft zu werden.

LITERATURANGABEN

1 SVALASTOGA, Kaare und WOLF, Preben, *En by ved grænsen*, Kopenhagen 1963, S. 58. — 2 Wie sich aus der Korrespondenz des Verfassers mit Prof. René KÖNIG, Köln, ergab, existiert das UNESCO- Forschungsinstitut nicht mehr. — 3 BERNSDORF, W. (Hg.), *Wörterbuch der Soziologie*, Stuttgart 1969. — 4 Diese Hinweise gab mir freundlicherweise Prof. Nels Anderson, der frühere Leiter des UNESCO-Instituts in Köln, in einem Schreiben vom 5. 7. 1971. Zusammenfassungen der genannten Arbeiten finden sich in der *International Review of Community* 1965, Nr. 13-14. — 5 SVALASTOGA, a. a. O. — 6 Ebda., S. 49. — 7 HEBERLE, Rudolf, *Auslandsvolkstum. Soziologische Betrachtungen zum Studium des Deutschtums im Auslande*, Leipzig 1936. — 8 MÜHLMANN, W. E., *Ethnologie als soziologische Theorie der interethnischen Systeme*; in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 8, 1956, S. 186-205. — 9 FRANCIS, Emmerich, *Ethnos und Demos*, Berlin 1965, S. 29. — 10 Ebda., S. 123. — 11 Ebda., S. 124. — 12 Über primäre und sekundäre Minderheiten, vergl. ebda., S. 123 ff. — 13 WEHLER, H. U., *Die Polen im Ruhrgebiet bis 1918*; in: *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, hrg. v. H. U. WEHLER, Köln/Berlin 1968, S. 437-455. — 14 *Zur Geschichte der Volkskunde*, vergl. Gerhard LUTZ (Hg.), *Volkskunde. Ein Handbuch zur Geschichte ihrer Probleme*, Berlin 1958; Ingeborg WEBER-KELLERMANN, *Deutsche Volkskunde zwischen Germanistik und Sozialwissenschaften*, Stuttgart 1969. — 15 KUHN, Walter, *Deutsche Sprachinselforschung*, 1934, S. 13. — 16 Ebda. — 17 Ebda., S. 60. — 18 Ebda., S. 280. — 19 WEBER-KELLER, MANN, I., *Zur Frage der interethnischen Beziehungen in der „Sprachinselveitskunde“*; in: *österreichische Zeitschrift f. VK*, 62, 1959, S. 19-47. dies., *Probleme interethnischer Forschungen in Südosteuropa*, in: *Ethnologia Europaea I*, 1967, S. 218-231. — 20 dies., *Die Rolle der Frau bei Anpassungsvorgängen in einer gemischtsprachigen Siedlung Ungarns*. VI. Congrès internat. des Sciences anthropol. et ethnol. t. II, vol. 2, Paris 1964, S. 611-616. — 21 THURNWALD, Richard, *Die Psychologie der Akkulturation*, in: W. E. MÜHLMANN (Hg.), *Kulturanthropologie*, Köln/Berlin 1966, S. 312-326.

Die Nationalitäten im Europa der Zukunft

In den Tagen vom 4. bis 10. Juli war die nordische Volkshochschule Snoghøj Schauplatz einer Tagung von beträchtlichem aktuellem Interesse. Thema war „Wie steht es mit dem Nationalen im Europa der Zukunft?“ Die Initiative ging von dem Vorsitzenden der Schule, Universitätslektor Lorenz Rerup, Aarhus, und dem Leiter der Schule, Poul Engberg, aus. Finanzielle Förderung bekam der Kurs von Sydslesvigsk Kulturfond, Grænseforeningen und dem Südschleswigschen Ausschuß. Der Kurs war offen für alle Interessierten, die Mehrzahl der Teilnehmer waren aber geladene Gäste, von denen man ein besonderes Interesse erwarten konnte. Die Teilnehmerzahl war auf ca. 35 beschränkt, dies mit Rücksicht auf die Diskussionen. Etwa 15 der Teilnehmer kamen von der deutschen Seite der Grenze, und zwar auf Einladung des Grenzfriedensbundes und des Deutschen Grenzvereins. Außerdem nahmen zwei Nordfriesen, drei norwegische Volkshochschulleute und ein finnischer Volkshochschulleiter teil. Die übrigen waren dänische Hochschulleute, Vertreter von Grænseforeningen und interessierte junge Menschen.

Am ersten Tag der Begegnung ging es um das Thema „die nationale Kulturarbeit in einem zusammenarbeitenden Europa“. Von deutscher Seite wurde das Thema beleuchtet von dem Vorsitzenden des Deutschen Grenzvereins, Minister a. D. Dr. Schlegelberger, Kiel, dessen Vortrag in seiner europäischen Sicht weite Perspektiven, klar formulierte Gedanken über die deutsch-nordische Nachbarschaft und zugleich ein Festhalten an den Werten der nationalen Kulturarbeit auf deutscher wie auf dänischer Seite zum Ausdruck brachte.

Für Grænseforeningen in Dänemark sprach der Zweite Vorsitzende Rektor Stig Hansen, der sich ebenfalls zu der europäischen Kulturgemeinschaft bekannte und die nationalen Kulturwerte als nicht nur wünschenswert, sondern notwendig ansah, wenn sich europäische Kultur entfalten soll (gekürzte Wiedergabe des Vortrages s. S. 39).

Am nächsten Tage versuchten wir, auf den volklichen Grund unter den Nationalitäten vorzustoßen. Auf dänischer Seite sprach Hochschulvorsteher Bøgh-Andersen, Jarplund. In seiner plaudernden und dynamischen Form wurde der Vortrag zu einem klaren Bekenntnis zum dänischen und nordischen Volkstum und zu einer Warnung vor dem Anschluß Dänemarks an die Gemeinschaft der Römischen Verträge (EWG). Von deutscher Seite sprach Bibliotheksdirektor Dr. Johannsen, der mittels der Erinnerung von drei Persönlichkeiten aus Schleswig und Holstein das Thema des Tages „Volkstum und Europagedanke“ zu beleuchten

suchte. Es handelte sich um den Maler Emil Nolde, Graf O. D. Schack und den Dichter Friedrich Ernst Peters. Dr. Johannsens Vortrag war in sich ein schönes Zeugnis von der Verbindung zwischen europäischem Humanismus in seiner edelsten Form und Leben in der Heimat.

Nach Bögh Andersens Vortrag folgte eine lebhaftige Diskussion über den Norden und die Europäische Gemeinschaft, deren gewichtigster Beitrag wohl von Vorsteher Arnfred, Askov, kam, der die Furcht hegte, daß die reichen europäischen Länder in der Verantwortung für die armen Länder versagen würden. Der dritte Tag brachte einen der Höhepunkte der Tagung, als Prof. Dr. Erica Simon, Lyon, über „Eine neue französische Ansicht über die Zukunft der Nationalitäten in einem vereinten Europa“ sprach. Erica Simon, die im ganzen Norden durch ihre große Disputation an der Sorbonne über die Entstehung der nordischen Volkshochschulen bekannt sein wird, sprach über drei verschiedene Europaideen: das Europa der Technokratie (der jetzige Gemeinsame Markt), de Gaulles Europa der Vaterländer und die neue französische Anschauung von Europa, das Europa der Volksstämme. Sie wies die beiden ersten Formen der Einheit Europas als überholt ab und wies auf die dritte Möglichkeit hin, mit der man bei französischen Katholiken und bei den Volksstämmen arbeitet, welche jetzt beginnen, sich ihrer historischen Identität innerhalb der Grenzen Frankreichs bewußt zu werden. Der Vortrag wurde auf schwedisch gehalten und war klar und warmherzig.

Am Nachmittag sprach Seminardirektor Morten Bredsdorff über Schulpolitik für die Minderheiten in Europa. Mit Beispielen aus der Schweiz, Holland und England zeigte er, wie man es anderenorts in der Schulpolitik viel weiter gebracht hat als hier in Dänemark, was die Achtung der geistigen und nationalen Minderheiten angeht. Die dänische Schulpolitik in Nordschleswig wurde ebenfalls dargestellt und war Gegenstand der Diskussion unter den Teilnehmern von dänischer wie auch von deutscher Seite. Dr. Holger Kjær aus Askov, der hinzukam, lieferte einen gewichtigen Beitrag.

Die letzten Tage des Kurses waren der Aufgabe der Volkshochschule bei der Bewahrung der Nationalitäten im künftigen Europa gewidmet. Einleitend wurde ein Vortrag von dem Schriftsteller Jörgen Bukdahl gehalten, der lebendig und anregend über „Grundtvig, der Norden und Europa“ sprach. Dann sprach ein norwegischer Volkshochschulmann, Jan Fanavoll, über die norwegische Volkshochschule im Kampf für norwegische Sprache und norwegisches Volksleben. Hochschulleiter Dr. Markus von der deutschen Volkshochschule Leck/Südschleswig sprach von der Aufgabe seiner Schule. Die Begegnung schloß mit einem Vortrag des Unterzeichneten über die volkliche Bedeutung der dänischen Volkshochschule in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Die Vorträge und Diskussionen waren von hoher Qualität, man stieß wirklich zum

Kern der Themen vor und es zeigten sich keine grundsätzlichen Gegensätze zwischen den nordischen und deutschen Teilnehmern, wo es um die Bewahrung der nationalen Kulturwerte ging. Was die Volkshochschule unter dem „Volklichen“ versteht, war dagegen wohl vielen deutschen Teilnehmern fremd, aber verschiedene von ihnen brachten zum Ausdruck, daß sie etwas davon gelernt hätten, man hätte vielleicht wünschen können, daß noch mehr Gäste teilgenommen hätten an einem solchen Kurs, aber andererseits glaube ich, daß die Gespräche wohl kaum so wertvoll gewesen wären, wenn viel mehr Teilnehmer dagewesen wären.

Wir haben schon früher dänisch deutsche Begegnungen in Snoghøj gehabt, besonders in den ersten zwanzig Jahren nach dem Kriege. Die Entwicklung in der europäischen Zusammenarbeit läßt es nützlich und wünschenswert erscheinen, daß der Kontakt wieder aufgenommen wird.

Poul Engberg

Helmut Zimmerschmied – 60 Jahre alt

Am 3. August dieses Jahres feierte der Geschäftsführer des deutschen Grenzvereins, Helmut Zimmerschmied, seinen 60. Geburtstag. Mit diesen Zeilen möchte der Grenzfriedensbund einen herzlichen Glückwunsch aussprechen.

Helmut Zimmerschmied ist Flensburger und von Kind auf mit den besonderen Problemen der Stadt, in der er seiner Lebensaufgabe nachgeht, vertraut. Diese seine Lebensaufgabe ist der Deutsche Grenzverein geworden, dem er als Geschäftsführer als Nachfolger von A. Heitmann seit 1946 dient. Er gehört zu jenen Menschen, die es nicht gern sehen, wenn man viel Wesen von ihnen macht. Aber es darf festgestellt werden, daß man den Deutschen Grenzverein zu seinem Geschäftsführer beglückwünschen kann, und es darf insbesondere auch vom Grenzfriedensbund festgestellt werden, daß er als Sekretär des Deutschen Grenzausschusses im Laufe der Jahre eine vorzügliche Arbeit leistete. Helmut Zimmerschmied tat diese Arbeit aus einer genauen Kenntnis seiner Stadt, des Landkreises, dem er in besonderer Weise verbunden war und ist, und aus seiner Liebe zu seiner Heimat. Es wurde ihm zuteil, an einer Schaltstelle des volklichen politischen Lebens zu stehen und mitzuwirken an einer klaren deutschen Kulturarbeit, die welt offen geprägt ist. Niemand kennt so wie Helmut Zimmerschmied die kleinen und großen Sorgen bezüglich aller Voraussetzungen solcher Arbeit, und niemandem wie ihm sind die „Tücken des Objekts“ in Gestalt von menschlichen Problemen, komplizierten Aktenvorgängen, wie sie Grenzlandverhältnisse zeitigen, so bekannt geworden. Helmut Zimmerschmied

besitzt Sachkenntnis, dazu die Gabe des Zuhörens und die Fähigkeit der eigenen Meinungsbildung. Er besitzt aber noch mehr, nämlich die Gabe, dem Menschen ein Freund zu werden. Und damit bringt er alle Voraussetzungen mit für das, was man auch heute noch mit gutem Gewissen Grenzlandarbeit nennen kann.

Hans Peter Johannsen

*

Ernst Beier – 70 Jahre alt

Es hieße: Eulen nach Athen tragen, Kohlen nach Newcastle oder Rum nach Flensburg bringen, wollte man an dieser Stelle, was Ernst Beier betrifft, zur Person und Sache besondere Ausführungen machen. Er ist bekannt als Zweiter Vorsitzender des Grenzfriedensbundes seit 1951 und als Redakteur der Grenzfriedenshefte seit 1961. Was Ernst Beier hier in der Sache geleistet hat, gehört heute schon in den Bereich der Heimatgeschichte, und was seine Person angeht, so ist zu sagen, daß alle die, die ihn kennen, gern bezeugen, daß es ein Gewinn ist, diesen liebenswürdigen Menschen zu kennen und zum Freunde zu besitzen.

Ernst Beier ist dagegen, daß viel über ihn geschrieben wird, aber der 70. Geburtstag am 1. Oktober kann und darf nicht unbeachtet vorübergehen. Es drängt den Unterzeichneten und mit ihm viele andere, aus diesem Anlaß festzustellen, daß wir mit unseren herzlichen Glückwünschen den herzlichen Dank für die jahrzehntelange echte und gute Arbeitskameradschaft verbinden. Ernst Beier ist ein Mensch, der auf seine eigene Weise seinen Weg durch das Leben ging, der sehr viel über die Zusammenhänge des menschlichen Lebens nachgedacht und den Mut der eigenen Meinung aufgebracht hat. Er ist Bürger und Mitbürger in einer Stadt, an deren Leben er stets mit innerem aktivem Einsatz teilgenommen hat. Herzlichen Glückwunsch, lieber Ernst Beier, und alles Gute für die Zukunft!

Hans Peter Johannsen